

TÄTIGKEITSBERICHT

(Zeitraum Mitte April bis Ende November 2015)



Mitteilung des Generalsekretärs des Kongresses der Gemeinden und Regionen

1242. Sitzung des Ministerkomitees
1. Dezember 2015

CG/2015/29/26

1/ Dezember 2015

Tätigkeitsbericht des Kongresses

(Zeitraum Mitte April bis Ende November 2015)

**Mitteilung des Generalsekretärs des Kongresses der Gemeinden
und Regionen auf der 1242. Sitzung des MinisterKomitees**

1. Dezember 2015

Gestaltung: Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats

Druck : Council of Europe

Ausgabe: Dezember 2015

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	6
Erklärung von Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses	7
I. 29. TAGUNG DES KONGRESSES – 20. bis 22. OKTOBER 2015	10
II. AGENDA	11
A. POLITISCHE ERKLÄRUNGEN	11
B. KONGRESSTÄTIGKEIT IN DER UKRAINE	12
C. VORSITZ IM MINISTERKOMITEE	14
D. JUGENDPARTIZIPATION	14
II. AKTIVITÄTEN DER KONGRESSORGANE	15
A. PRÄSIDIUM	15
B. KAMMER DER GEMEINDEN	16
C. KAMMER DER REGIONEN	17
D. AUSSCHÜSSE	17
IV. MONITORING DER LOKALEN UND REGIONALEN DEMOKRATIE	19
A. MONITORING-TÄTIGKEIT	19
B. POST MONITORING	20
C. BEOBACHTUNG VON KOMMUNAL- UND REGIONALWAHLEN	22
V. THEMENBEZOGENE AKTIVITÄTEN	23
A. MENSCHENRECHTE	23
B. RADIKALISIERUNG	23
C. RECHTE DES KINDES	24
D. EUROPÄISCHE WOCHE DER LOKALEN DEMOKRATIE	24
E. WELTFORUM FÜR DEMOKRATIE	24
F. INTEGRATION DER ROMA	25
VI. INSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT INNERHALB DES EUROPARATS	26
A. DER ZWISCHENSTAATLICHE SEKTOR	26
B. PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG	26
C. MENSCHENRECHTSKOMMISSAR	27
D. EUROPÄISCHE KOMMISSION FÜR DEMOKRATIE DURCH RECHT	27
VII. EXTERNE KOOPERATION UND PARTNERSCHAFTEN	27
VIII. KOOPERATIONSPROGRAMME UND AKTIONSPLÄNE	29
APPENDICES	32
Appendix 1: Post-monitoring Ukraine – Roadmap	32
Appendix 2: Joint Declaration by the Polish and Ukrainian Delegations Representatives to the Congress	39
Appendix 3: Declaration by the Monitoring Committee of the Congress on the situation of local democracy and human rights in Azerbaijan	40
Appendix 4: Guidelines for local and regional authorities on preventing radicalisation and manifestations of hate at the grassroots level	41
Appendix 5: Agenda of the 29th Session of the Congress (20-22 October 2015)	49
Appendix 6: Declaration on the reception of refugees in Europe	50
Appendix 7: Revised Rules and Procedures of the Congress	52
Appendix 8: Final Declaration "Towards an alliance of European cities against violent extremism"	63

Einleitung

Dieser Jahresbericht skizziert die Tätigkeit des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats. Er deckt den Zeitraum von Mitte April bis Ende November 2015 und die politischen, thematischen, Vorort- und Kooperationsaktivitäten ab, die Kern des Aufgabenbereichs des Kongresses sind.

Er unterstreicht die Rolle als Forum für den Erfahrungsaustausch für kommunal und regional gewählte Amtsträger, die der Kongress spielt, insbesondere bei seinen zwei Jahrestagungen. Die Tagungen bieten den Mitgliedern die Gelegenheit, miteinander und mit externen Partnern und Interessenvertretern über aktuelle Themen in den europäischen Gesellschaften zu debattieren.

Dieser Bericht spiegelt auch die Präsenz des Kongresses vor Ort wider, zum einen, um die Qualität der kommunalen und regionalen Demokratie und die Situation der Menschenrechte in den europäischen Staaten zu gewährleisten und zum anderen, konkret dazu beizutragen, Antworten für die Herausforderungen der Gemeinden zu finden.

Die zweimal im Jahr verfassten Berichte werden anlässlich des Meinungsaustauschs veröffentlicht, der vom Generalsekretär des Kongresses mit dem Ministerkomitee des Europarats abgehalten wird. Sie stehen auch auf der Internetseite des Kongresses (www.coe.int/Congress) und sind auch als Druckversion verfügbar.

Erklärung von Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses

1242. Treffen der Stellvertreter der Minister, Dienstag, 1. Dezember 2015

Dieser zweimal im Jahr stattfindende Meinungsaustausch ist eine sehr gute Gelegenheit, dem Ministerkomitee den aktuellen Stand der Tätigkeit des Kongresses vorzustellen.

Der aktuelle Tätigkeitsbericht deckt den Zeitraum vom 15. April bis Ende November ab und steht auf den Webseiten des Ministerkomitees und des Kongresses zur Verfügung. Ich werde mich auf einige relevante Themenbereiche konzentrieren.

Der heutige Austausch ergänzt die Jahrestreffen mit dem Präsidenten des Kongresses.

Am 10. September 2015 setzte der Präsident des Kongresses, Jean-Claude Frécon, den Schwerpunkt auf die Themen Flüchtlinge und Migranten, Radikalisierung und die Tätigkeit des Kongresses in der Ukraine und gab einen Überblick über die 29. Tagung des Kongresses im Oktober.

Die Debatten und Ergebnisse der 29. Tagung werden am Anfang des vorliegenden Berichts zusammengefasst (Seite 9 und 10).

Viele von Ihnen haben an den Diskussionen über die Situation der Flüchtlinge und die Herausforderungen für die nationalen, regionalen und kommunalen Stellen sowie für die Europäische Union und den Europarat teilgenommen. Unsere Mitglieder werden weiter an diesem wichtigen Thema arbeiten, und die Tagung im März bietet die nächste Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und Empfehlungen zu formulieren, um die Gemeinden und Regionen in die Lage zu versetzen, ordnungsgemäß tätig zu werden und jenen in Not zu helfen und jene zu integrieren, die ein Bleiberecht haben.

Seit September und dem Austausch mit dem Präsidenten des Kongresses haben sich neue Entwicklungen ergeben, insbesondere Terrorangriffe in mehreren Städten, die nach den schrecklichen Ereignissen in Paris bis vor Kurzem zu einem Zustand der höchsten Alarmbereitschaft in Brüssel geführt haben. Und natürlich die Terrorangriffe gegen friedliche Zivilisten auf der ganzen Welt.

Nach den Angriffen in Paris veröffentlichte der Präsident des Kongresses eine Erklärung, um zu betonen, dass „Wir mehr denn je sowohl Mut als auch Entschlossenheit brauchen, um Widerstand wachzurufen, wo immer wir auch angegriffen werden. Angesichts der barbarischen Kräfte in unseren Metropolen, Städten und an anderen Orten werden wir unser Gesellschaftsmodell verteidigen, das aus demokratischer Freiheit und Achtung jedes Menschen besteht.“

Es war Zufall, aber auch Folge der Tatsache, dass wir unmittelbar nach den Angriffen auf *Charlie Hebdo* im Januar mit unserer Tätigkeit begonnen hatten, dass der Kongress rasch auf die dramatische Relevanz der Herausforderungen, mit denen unsere Gesellschaften konfrontiert werden, reagieren konnten: fünf Tage nach den Massakern in Paris organisierte der Kongress in Aarhus (Dänemark) (am Mittwoch, den 18. November 2015) eine Konferenz über die unterschiedlichen Strategien, die Bürgermeister anwenden können oder bereits anwenden, um eine Radikalisierung zu verhindern, die zu gewaltbareitem Extremismus in unseren Gemeinschaften führt. Die Konferenz wurde gemeinsam vom Kongress (und dem Europäischen Forum für urbane Sicherheit (EFUS)) in Partnerschaft mit den Städten Aarhus und Rotterdam durchgeführt. Diese ist Teil der breit angelegten Initiative des Kongresses „Für eine Allianz europäischer Städte gegen den gewaltbereiten Extremismus“. Der Kongress wird die bestehenden Initiativen und Netzwerke der Städte und Regionen unterstützen, indem er seine Kapazitäten und sein Know-how sowie seine institutionelle Rolle als Organ des Europarats einsetzt.

Die Teilnehmer an der Konferenz nahmen eine Erklärung an, die als Anhang meinem Tätigkeitsbericht beigelegt ist (Anhang 8).

Darüber hinaus finden Sie auch die Richtlinien des Kongresses zur Verhütung von Radikalisierung und Manifestationen des Hasses an der Basis, die auf der Tagung im Oktober angenommen wurden, in Anhang 4 (S. 39/46). Beispiele für konkrete Maßnahmen vor Ort: „Was können die kommunalen Stellen machen?“ werden dort ebenfalls besprochen, und ich bitte Sie, die Aufmerksamkeit Ihrer Stellen vor allem auf diese äußerst praktische und konkrete Übersicht zu lenken, wenn Sie in Ihren Hauptstädten Bericht erstatten.

Die gegenwärtige Situation ist eine Bedrohung der Sicherheit und Demokratie, die Sie morgen in der thematischen Debatte diskutieren werden.

Der Kongress spielt im Kontext der „Deradikalisierungsmaßnahmen“, die in allen unseren Mitgliedstaaten durchgeführt werden, eine Sonderrolle. Wir wissen, dass einige Regierungen nationale Zentren für Deradikalisierung einrichten werden. Dies ist ein interessanter Ansatz, dennoch sind wir der Überzeugung, dass die Arbeit und die Maßnahmen vor Ort, die von kleinen Strukturen durchgeführt werden, vonnöten sind. Die Gemeinden müssen, wollen und werden in den Bereichen Prävention, frühzeitige Warnungen und Deradikalisierung über die Arbeit kleiner, behördenübergreifender Einheiten vor Ort tätig werden.

Wir haben vor einigen Tagen auf unserer Århus-Konferenz von einigen interessanten Initiativen und erfolgreich angewandten Strategien erfahren, und wir werden sie unseren Erkenntnissen und Aktivitäten hinzufügen.

Auf dieser Grundlage werden wir an Aufklärungskampagnen und Instrumenten arbeiten, um unseren kommunal gewählten Amtsträgern und deren Verwaltungsmitarbeitern zu helfen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Sicherheitsanforderungen und der Achtung der Grundrechte und Werte zu finden, und um sie zu ermutigen, sensibel mit diesem Aspekt im Bereich der Prävention umzugehen.

Der Kongress wird seinen Teil im Rahmen der CoE-Aktionspläne zum „Aufbau inklusiver Gesellschaften“ und im „Kampf gegen gewaltbereiten Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen“ leisten. Ich danke dem Ministerkomitee für die zugesagten Mittelzuweisungen für zusätzliche operative Aktivitäten des Kongresses in diesem Bereich in Höhe von jeweils €150.000 für die Jahre 2016 und 2017. Dies wird uns ermöglichen, eine zweite Konferenz der Bürgermeister zu organisieren und Materialien und Tool-Kits zu entwickeln und zu verbreiten.

Auf der Århus-Konferenz wurden wir daran erinnert, dass der Schlüssel für einen erfolgreichen Austausch guter Praktiken die Zugänglichkeit ist. Wir halten Ausschau nach zusätzlichen Mitteln, damit wir die Beispiele guter Praxis und die Richtlinien und Tool-Kits in die Sprachen unserer Politiker in den 47 Mitgliedstaaten übersetzen lassen können, und ich rufe Sie auf, dies durch freiwillige Beiträge oder das Bereitstellen übersetzter Fassungen zu unterstützen. Selbst kleine Beträge haben einen erheblichen Einfluss.

Ich möchte Sie des Weiteren bitten, zu prüfen, ob eine Unterstützung auch in Form einer vorübergehenden Entsendung von Experten in diesem Bereich oder über Mittel für qualifizierte und erfahrene Personen möglich ist, um unsere problematische personelle Situation zu mildern. Wie Sie wissen, ist für den Kongress kein weiteres Personal geplant, im Gegenteil, 2 Stellen wurden im Haushalt 2016 gestrichen.

Die demokratische Sicherheit ist eng verbunden mit der Qualität der Demokratie. Ein regelmäßiges Monitoring der kommunalen und regionalen Demokratie ist aus diesem Grund wichtiger denn je.

Vor zwei Jahren habe ich diesem Komitee die Strategie des Kongresses vorgelegt, den Mitgliedstaaten einen „Post-Monitoring-Dialog“ anzubieten, um eine konkrete Nachbereitung unseres Monitoring und Berichte zu den Wahlbeobachtungen und Empfehlungen zu ermöglichen. Diese Post-Monitoring-Prozesse basieren auf dem Dialog mit den Regierungen. 2015 unterzeichnete der Kongress so genannte „Fahrpläne“ mit der Ukraine und mit Portugal, und die dritte Unterzeichnungszeremonie mit den Stellen in Georgien findet am 16. Dezember in Tiflis statt. Momentan werden Fahrpläne für die Republik Moldau und Armenien vorbereitet.

Ich möchte den Botschaftern und deren Mitarbeitern hier in Straßburg für ihre Unterstützung danken.

Die Umsetzung der Fahrpläne soll und wird zu einem Prozess der Erörterung von Politik, Gesetzgebung und Umsetzung führen und zur Zusammenarbeit des Kongresses beitragen, den wir im Rahmen der CoE-Aktionspläne in enger Zusammenarbeit mit dem Büro der Generaldirektion für Programme (ODGP), der Generaldirektion für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit (DGI) und insbesondere mit unseren Kollegen in der Generaldirektion für Demokratie (DGII) und seinem Kompetenzzentrum für die Reform der Kommunalverwaltung durchführen.

Kongressmitglieder, mit Unterstützung des Sekretariats, nehmen an diesem neuen und erweiterten Bereich der CoE-Aktivitäten teil, unterstützt durch unsere Mitgliedstaaten und Partner, wie z. B. die EU und der ständige Beobachter Japan.

Der Kongress wird seine Arbeit in diesem Sinne der Zukunftsorientiertheit und der Partnerschaft (was ich auch diesen Morgen in der GR-DEM in Bezug auf Wahlen sagen konnte) und mit Schwerpunkt auf die Kernaufgaben fortführen. Das Sekretariat arbeitet beständig an Verbesserungen, und wir nehmen den Geist der laufenden Reform sehr ernst, der vom Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, eingeführt wurde.

Ein Beispiel für unser Streben nach Qualität und Leistungserbringung ist die wesentliche Änderung der Regeln und Verfahren des Kongresses, die im Oktober angenommen wurde: Die Aktualisierung der Verfahren, die das Monitoring der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, die Beobachtung von Kommunal- und Regionalwahlen und das Post-Monitoring und den Post-Monitoring-Dialog regeln, reflektiert die Tatsache, dass diese Verfahrensweisen integraler Bestandteil der Methodologie und Verfahren des Kongresses als Ganzes sind. Sie bietet sowohl den Kongressmitgliedern als auch den Stellen in den betroffenen Mitgliedstaaten transparente Regeln und Verfahren, die auf alle Monitoring- und Wahlbeobachtungsaktivitäten angewendet werden.

Wie dieses Komitee bereits an den erfolgten Änderungen an unserem Grundsatztext, i.e. die Kongress-Charta, ersehen kann, die Sie bereits in diesem Jahr angenommen haben, befindet sich der Kongress in einem beständigen Prozess der Optimierung seiner Instrumente, seiner Verfahren und der Überarbeitung seiner Prioritäten. Unser zweigleisiger Dialog mit den nationalen Regierungen, die sich zum Teil aus diesem exzellenten Austausch mit dem Ministerkomitee ergeben, trägt zu diesem Prozess bei.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

I. 29. TAGUNG DES KONGRESSES – 20. bis 22. OKTOBER 2015

Auf seiner 29. Tagung behandelte der Kongress mehrere Berichte, insbesondere über die Förderung von Aktivbürgern, die Bekämpfung der wachsenden Armut unter Frauen, die Rechte von Kindern in Zeiten der Austerität, die Schaffung einer Lingua franca für Gemeinden und Regionen und das Wahlrecht für junge Menschen ab 16 und die Folgen für die Jugendpartizipation auf lokaler und regionaler Ebene, die Trends in der Regionalisierung in den Mitgliedstaaten, neue E-Tools, die Arbeitsbedingungen für kommunal und regional gewählte Amtsträger und die neue Geschäftsordnung des Kongresses.

Eine Debatte zum Thema „Regional- oder Minderheitensprachen in Europa: neuste Entwicklungen, Herausforderungen und gute Praxisbeispiele“ wurde in der Kammer der Regionen geführt, mit Beteiligung des Vorsitzenden des Expertenausschusses für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, des Ministers für Versöhnung und Gleichheit der Bürger von Georgien, eines Mitglieds des Ausschusses für Gleichheit und Nichtdiskriminierung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und eines Vizepräsidenten des elsässischen Regionalrats.

Eine Debatte über Radikalisierung, die sich auf Prävention und die Reintegration radikalisierte Personen konzentrierte, wurde mit Beteiligung des Präsidenten des Europäischen Forums für urbane Sicherheit, des Präsidenten des Rats des Departments Val d'Oise und des allgemeinen Berichterstatters für die Gemeinden und Regionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats geführt. Richtlinien über die Prävention von Radikalisierung und Manifestationen von Hass an der Basis wurden am Ende der Debatte verabschiedet. Der Kongress startete des Weiteren eine Initiative zur Gründung einer „Allianz europäischer Städte gegen gewaltbereiten Extremismus“, die als Forum für den politischen und technischen Austausch fungieren wird. Die erste Veranstaltung im Rahmen dieser Initiative wurde am 18. November 2015 gemeinsam mit dem Europäischen Forum für urbane Sicherheit und dem Bürgermeister von Aarhus in Form einer Konferenz der Bürgermeister zur Prävention von Radikalisierung, die zu einem gewaltbereiten Extremismus führt, in Aarhus (Dänemark) durchgeführt (siehe Radikalisierung unter VI Themenbezogene Aktivitäten).

Die Flüchtlings- und Migrantenkrise wurde unter der Schlagzeile „Welche Rolle haben die Gemeinden und Regionen?“ mit Beteiligung des stellvertretenden Bürgermeisters von Straßburg, dem ersten Vizevorsitzenden der Innenministerkonferenz (Deutschland), des Bürgermeisters von Sanliurfa (Türkei), des Bürgermeisters von Kos (Griechenland) und des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für illegale Migranten der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats debattiert. Am Ende der Debatte nahmen die Kongressmitglieder eine Erklärung an, die ihre Verpflichtung auf die Grundsätze der Solidarität und sozialen Kohäsion und die Werte wiederholte, die der Europarat und der Kongress verteidigen. Sie unterstrich insbesondere, dass „die europäischen Staaten eine gemeinsame Verantwortung für die Aufnahme der Flüchtlinge auf ihren Hoheitsgebieten im Hinblick auf das geltende Asylrecht und die Menschenwürde übernehmen müssen.“ Der angenommene Text bat das Ministerkomitee des Europarats, zusammen mit der EU an den Themen Einwanderung und Asyl zu arbeiten, die Gegenstand einer umfassenden europäischen Politik sein sollten. Der Kongress forderte die Gemeinden und Regionen auf, ein „europäisches Netzwerk der Städte für Solidarität“ zu gründen und auf diesem Wege auf die europäische Aufforderung vom 3. Oktober 2015 der Gemeinden von Straßburg, Catania und Rovereto zu reagieren (siehe Anhang 6).

Im Rahmen der Umsetzung seiner Monitoring-Aufgabe bezüglich der Anwendung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, erörterte der Kongress Berichte und nahm Empfehlungen über die Situation der lokalen und regionalen Demokratie in Montenegro und in Luxemburg an, in Anwesenheit des luxemburgischen Ministers für innere Angelegenheiten, Nachrichtendienst und Verwaltungsreform. Er nahm des Weiteren Empfehlungen zur Beobachtung der Kommunalwahlen in Albanien und in der Republik Moldau an und hielt eine Debatte über die Wahl des Gouverneurs und die Teilwahlen in Gagausien in der Republik Moldau ab.

Der Kongress begrüßte eine Gruppe von 38 Jugenddelegierten, die man zur Tagung eingeladen hatte. Erneut hatte der Kongress eine Twitterwall im Versammlungssaal eingerichtet, so dass die Öffentlichkeit die themenbezogenen Debatten verfolgen und unter dem Hashtag #youthsession kommentieren konnte (siehe Jugendpartizipation unter II. Agenda.)

Der Außenminister von Bosnien-Herzegowina, Igor Crnadak, wandte sich im Rahmen des Vorsitzes im Ministerkomitee seines Landes an den Kongress. Er gratulierte dem Kongress zu seinem Engagement zur Förderung der Partizipation von Jugenddelegierten an der Tagung und betonte, dass die Stimme der jüngeren Generation erhellend sein und einen wertvollen Beitrag zur Entscheidungsfindung leisten kann. Bezugnehmend auf die Notwendigkeit, inklusive Gesellschaften aufzubauen, erklärte er, das Ministerkomitee erörtere aktuell einen Aktionsplan, der sich auf drei Gebiete konzentriere: Bildung, Bekämpfung von Intoleranz und Antidiskriminierung. Er erwähnte auch die neue Strategie des Europarats für die Rechte des Kindes, die gegenwärtig in Bearbeitung ist, und den themenbezogenen Aktionsplan des Generalsekretärs für die Integration von Roma und Fahrenden.

In seiner Rede betonte Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarats, dass, angesichts des Ausmaßes der Flüchtlingskrise, die Grundsätze der Europäischen Menschenrechtskonvention „auf alle Bürger Anwendung finden, einschließlich Flüchtlinge oder Migranten ohne Ausweispapiere, sobald diese in Europa ankommen“. Er betonte des Weiteren die Notwendigkeit, extremistischen Bewegungen jeglicher Ausrichtung, radikalislamisch oder rechtsextrem, entgegenzutreten und konkrete Maßnahmen auf lokaler Ebene zu ergreifen.

Anne Brasseur, Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung, sagte den Kongressmitgliedern, dass die Migrations- und Flüchtlingskrise eine globale Lösung und globale Solidarität sowie Maßnahmen auf lokaler Ebene erfordere. Sie erinnerte die Mitgliedstaaten an ihre Verantwortung, Flüchtlinge zu integrieren, indem sie diesen ihre Rechte und Pflichten erklären, vor allem durch Bildung. Sie betonte des Weiteren die Notwendigkeit einer Politik, die „Nein“ zu Hass, Intoleranz und Extremismus sagt, die ihrer Ansicht nach die größten Gefahren für demokratische Institutionen und das „Zusammenleben“ seien.

Der 5. Kongress Dosta!-Preis für Gemeinden wurde vier Siegerstädten für ihre Projekte zur Förderung der Integration von Roma verliehen. Erster wurde Gent (Belgien), den zweiten Platz belegten Kragujevac (Serbien) und Reggio nell' Emilia (Italien), während Madrid (Spanien) auf dem dritten Platz lag. Als gemeinsamer Preis der Dosta!-Kampagne des Europarats und des Kongresses der Gemeinden und Regionen wird der Preis während der Kongress-Tagungen verliehen.

Auf Grundlage der Statutarischen EntschlieÙung und der Charta des Kongresses, in ihrer am 8. Juli 2015 vom Ministerkomitee geänderten Fassung, nahmen die Kongressmitglieder neue Regeln und Verfahren an.

II. AGENDA

A. POLITISCHE ERKLÄRUNGEN

Kongress-Präsident besorgt über Wiederaufflammen regionaler Spannungen in Georgien

In Reaktion auf die Verschiebung der administrativen Grenze zwischen Südossetien und dem Rest des georgischen Hoheitsgebietes gab der Präsident des Kongresses am 28. Juli 2015 eine Erklärung heraus, in der er insbesondere daran erinnerte, dass „der Kongress stets die Gründung von Regionen mit Sonderstatus favorisiert hat, der die hoheitliche Integrität der Staaten respektiert. Dementsprechend ist es die einzige vernünftige Lösung für Südossetien, erneut unter die Kontrolle der Stellen in Tiflis gestellt zu werden.“

Erklärung des Präsidenten zur Verfassungsreform in der Ukraine

Der Präsident des Kongresses Jean-Claude Frécon begrüÙte die Tatsache, dass das ukrainische Parlament am 31. August der Reformierung der Verfassung und des Gesetzes zur Dezentralisierung zugestimmt hat. Er zeigte sich zufrieden mit dem Beitrag des Kongresses zur Arbeit des Verfassungsausschusses, der das Gesetz entworfen hat.

Gemeinsame Erklärung der polnischen und ukrainischen Vertreter beim Kongress zur Zusammenarbeit, die mit den Werten der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung in Einklang steht.

Bei einem Treffen in Warschau am 17. September 2015, im Rahmen eines Austauschs politischer Ansichten am Rande der Sitzung des Monitoring-Ausschusses des Kongresses, nahmen Nataliya Romanova (Ukraine, ILDG), Ratsmitglied des Distrikts Chernigiv, Andrzej Pruszkowski (Polen, ECR), Regionales Ratsmitglied der Region Lubelskie, und Bernadeta Hordejuk (Polen, EPP/CCE), Ratsmitglied der Region Warminsko-Mazurskie, eine gemeinsame Erklärung an, in der sie ihrem Engagement, „die Werte eines ordnungsgemäßen Funktionierens der lokalen Demokratie und der erforderlichen Dezentralisierung der Befugnisse“ und „der Entwicklung ihrer Zusammenarbeit, um die Situation der lokalen und regionalen Demokratie in ihren jeweiligen Ländern zu verbessern, unter Einbeziehen eigener guter Praktiken“ Ausdruck verliehen (siehe Anhang 2)

Erklärung des Monitoring-Ausschusses zur Verschlechterung der lokalen Demokratie in Aserbaidschan

Der Monitoring-Ausschuss, der sich am 17. September 2015 in Warschau traf, erklärte, er sei tief besorgt im Hinblick auf die Situation der Menschenrechte auf lokaler Ebene in Aserbaidschan. Er bedauerte insbesondere die Verhaftung seiner Partner, vor allem von Ilgar Mamadov, Direktor der Schule für Politische Studien in Baku, der noch immer in Haft ist, trotz der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die seine Entlassung fordert, sowie von Leyla und Arif Yunus, die vor Kurzen eine achtjährige Haftstrafe erhielten. Er verurteilt des Weiteren die Schwierigkeiten, die die Allianz für kommunale Entwicklung (BINA) im Hinblick auf ihre Tätigkeit erlebt hat (siehe Anhang 3)

30 Jahre Charta der kommunalen Selbstverwaltung

Am 15. Oktober 2015 feierte der Kongress den 30. Jahrestag der Auflegung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung zur Unterzeichnung. Die polnischen Stellen feierten diesen Jahrestag durch Ausrichten einer Konferenz in Warschau am 18. September, mit Beteiligung des Präsidenten des Kongresses, der erklärte, „Es ist unser Ziel, eine europaweite Einhaltung aller Bestimmungen der Charta zu gewährleisten: 100% der Charta in 100% der europäischen Hoheitsgebiete“. Eine Konferenz anlässlich des Jahrestags wurde am 29. Oktober in Tirana (Albanien) abgehalten. Bei diesem Anlass erklärte der Präsident der Kammer der Gemeinden und Vizepräsident des Kongresses Anders Knappe: „Durch den 30. Jahrestag der Charta feiern wir die Demokratie, denn ohne lokale Demokratie gibt es keine Demokratie“. Die 30 Jahre des Bestehens der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung wird am 14. Dezember 2015 auch in Kiew (Ukraine) gefeiert.

Erklärung des Präsidenten des Kongresses zu den Terrorangriffen in Paris

In Reaktion auf die schrecklichen Ereignisse in Paris am 13. November erklärte der Präsident des Kongresses, „ein namenloses Barbarentum hat die Hauptstadt Frankreichs getroffen, durch den Dutzende unschuldiger Menschen ermordet wurden. Ganz Europa zeigt seine uneingeschränkte Solidarität mit den Opfern, ihren Familien, ihren Lieben und vor allem seine Solidarität mit dem französischen Volk als Ganzem und mit seinen staatlichen Stellen. Indem sie Paris angriffen, Frankreich angriffen, haben sie die freie Welt angegriffen, und es ist diese freie Welt, die geschlossen darauf reagieren muss.“

B. KONGRESSTÄTIGKEIT IN DER UKRAINE

Post-Monitoring-Dialog

Die Ukraine empfing 2012 und 2013 zwei Monitoring-Delegationen, die im Oktober 2013 zur Annahme einer Empfehlung führten (REC 348 (2013)). Die Nachbereitung dieser Empfehlung erfolgte im Rahmen des Post-Monitoring-Dialogs, der in der Unterzeichnung eines Zeitplans für die Dezentralisierungsreform in der Ukraine durch den Kongress und die nationalen ukrainischen Stellen mündete. Der Zeitplan wurde vom Präsidenten des Kongresses präsentiert, begleitet von einer Delegation, die u.a. aus dem Präsidenten der Kammer der Regionen und dem Kongress-

Berichtersteller für die Ukraine bestand. Er wurde vom Präsidenten des Kongresses und Hennadiy ZUBKO, Vize-Premierminister, Minister für regionale Entwicklung, unterzeichnet und fordert die ukrainischen Stellen auf, die Verfassungsänderungen in Bezug auf die kommunale Selbstverwaltung so rasch wie möglich anzunehmen, um im Oktober 2015 Kommunalwahlen abhalten zu können.

Am 31. August 2015 nahm das ukrainische Parlament die Reform der Verfassung und das Gesetz zur Dezentralisierung an. Der Kongress hat zur Arbeit der Verfassungskommission beigetragen, die den Text dieses Gesetzes entworfen hat.

Beobachtung von Kommunalwahlen

Auf Einladung der ukrainischen Stellen beobachtete eine Delegation des Kongresses unter Leitung der Vizepräsidentin Gudrun Mosler-Törnström (Österreich, SOC) die Kommunalwahlen, die am 25. Oktober 2015 abgehalten wurden. Die erweiterte Kongressdelegation bestand aus 57 Beobachtern aus 25 Mitgliedstaaten des Europarats, einschließlich Mitgliedern des Kongresses, des EU-Ausschusses der Regionen und, zum ersten Mal, der Parlamentarischen Versammlung. Bereits am 1. Oktober organisierte der Kongress eine Vorwahl-Mission, deren Schlussfolgerungen als Arbeitsgrundlage für die Hauptmission dienten (22.-26. Oktober).

Die ukrainischen Kommunalwahlen 2015 fanden unter schwierigen Sicherheits-, Wirtschafts- und politischen Umständen statt, nicht zuletzt wegen der Dezentralisierungsreform, die gegenwärtig im Parlament diskutiert wird. Diese Wahl war auch die erste, die gemäß dem neuen Gesetz über Kommunalwahlen, verabschiedet am 14. Juli 2015, stattfand, das u.a. ein Verhältniswahlrecht für eine komplexe, vielfältige Wählergemeinschaft für Regional-, Distrikt- und Stadträte einführt.

Die internationalen Beobachter bewerteten die Wahl im Großen und Ganzen als wettbewerbsorientiert und gut organisiert. Der Wahlkampf zeigte außerdem allgemein Respekt für den demokratischen Prozess. Allerdings bestätigten die Komplexität des Rechtsrahmens, der Lücken und Widersprüche enthält und zu uneinheitlichen Interpretationen durch verschiedene Wahlkommissionen und Gerichte führte, die Notwendigkeit für ein ordentliches Wahlgesetz. Die Möglichkeit der Bürger, sich eine unabhängige Meinung zu bilden, war nicht vollumfänglich gewährleistet. Es gab flächendeckend Klagen über Stimmenkauf und den Missbrauch von Verwaltungsressourcen. Die Dominanz mächtiger Wirtschaftsgruppen, die Kandidaten unterstützten und die Wahlkampfberichterstattung in den Medien bezahlten, war diesbezüglich eine weitere Sorge.

Kooperationstätigkeit

Der Aktionsplan 2015-2017 des Europarats für die Ukraine, angenommen am 21. Januar 2015 durch das Ministerkomitee, schließt ein wichtiges Kapitel über Dezentralisierung und die Reform der kommunalen Verwaltung ein. Seit August 2015 setzt der Kongress ein neues Projekt zur Förderung der kommunalen Demokratie in der Ukraine um, basierend auf den Ergebnissen der zwischen April 2014 und Mai 2015 im Rahmen von zwei vorausgegangenen Projekten durchgeführten Aktivitäten.

Dieses Projekt hat zum Ziel, die Entwicklung der lokalen und regionalen Demokratie durch Aktionen mit allen Interessengruppen zu unterstützen: lokale und regionale Vertreter, die ukrainischen Jugendlichen, die sich für die Demokratie in den Gebietskörperschaften einsetzen, und Vertreter der Zentralregierung, die für die regionale Entwicklung zuständig sind.

Der Kongress organisierte vom 15. bis 17. September 2015 in Kiew das erste regionale Seminar für junge Ukrainer. Dreiundzwanzig junge Führungskräfte von NRO, Vertretungsorganisationen für Jugendliche und politische Aktivisten sowie junge Kommunalpolitiker und Vertreter der Zivilgesellschaft und der Medien tauschten ihre Vorstellungen zur kommunalen Demokratie und zu Themen der ethischen Regierungsführung aus.

Der Kongress organisierte des Weiteren am Rande des vierten Weltforums für Demokratie in Straßburg vom 16.-21. November 2015 einen Studienbesuch, der darauf abzielte, junge kommunale Führungskräfte bei der Stärkung der lokalen Demokratie in der Ukraine zu unterstützen. Diese Aktivität ermöglichte den Teilnehmern, sich einen Überblick über die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verschaffen und gute Praxisbeispiele für die kommunale und regionale Demokratie zu finden. Sie trafen sich mit Vertretern von

Eurometropolis aus Straßburg, dem Eurodistrikt der Region Elsass, der Wirtschaftsentwicklungsagentur aus Bas-Rhin und nahmen am vierten Weltforum für Demokratie teil.

Siehe auch: [CG/BUR/INF/2015\(28\)35 – Kooperationstätigkeit des Kongresses](#)

C. VORSITZ IM MINISTERKOMITEE

Der Kongress trug aktiv zu mehreren Veranstaltungen bei, die von der belgischen Präsidentschaft im Ministerkomitee organisiert wurden. Er nahm am 23. und 24. April 2015 an der 6. Konferenz der für das kulturelle Erbe zuständigen Minister des Europarats in Namur teil, auf der der Kongress seine Rolle bei der Bewahrung des kulturellen Erbes als Möglichkeit des Aufbaus integrativerer Gesellschaften bestätigte.

Der Kongress-Präsident nahm außerdem am 19. Mai 2015 an der 125. Sitzung des Ministerkomitees in Brüssel teil, zu deren Ende Belgien den Vorsitz des Ministerkomitees für die kommenden sechs Monate an Bosnien-Herzegowina übergab.

Im Rahmen des Vorsitzes von Bosnien-Herzegowina nahm der Kongress am jährlichen Austausch des Europarats über die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs teil, der vom 2.-3. November 2015 in Sarajevo stattfand. Der Kongresspräsident Jean-Claude Frécon lenkte die Aufmerksamkeit vor allem auf die vom Kongress für kommunal gewählte Amtsträger entwickelte Strategie, die Richtlinien für die Bekämpfung von Radikalisierung enthält.

Am 10. November 2015, während der Übergabesitzung zwischen Bosnien-Herzegowina und Bulgarien, begrüßte der Präsident des Kongresses Jean-Claude Frécon das Engagement Bosnien-Herzegowinas während des sechsmonatigen Vorsitzes und sicherte Bulgarien seine aktive Kooperation in den Prioritätsbereichen mit einer kommunalen und regionalen Dimension zu.

D. JUGENDPARTIZIPATION

In Kooperation mit dem Jugendsektor des Europarats und insbesondere mit der Europäischen Jugendstiftung lud der Kongress eine Reihe von Jugenddelegierten ein, an seiner 29. Tagung teilzunehmen. Achtunddreißig junge Menschen - Jugendaktivisten, Jugendarbeiter und gewählte Vertreter – nahmen an den Plenar- und Kammersitzungen sowie an den Ausschusssitzungen teil. Es war das Ziel, einen Raum für den Dialog zwischen den Jugenddelegierten und kommunal und regional gewählten Amtsträgern zu schaffen und jungen Menschen zu ermöglichen, ihre Ansichten zu Themen zu debattieren. Die Jugenddelegierten waren sehr aktiv, ergriffen das Wort bei zahlreichen Gelegenheiten, um zu den Debatten beizutragen.

Darüber hinaus verfassten sie für zwei Debatten einen Gruppenbeitrag zu den Themen „Richtlinien für kommunale und regionale Stellen zur Verhinderung von Radikalisierung“ und „Elektronische Medien: Meilenstein für kommunale und regionale Politiker“ und wählten unter sich Redner für diese Vorträge aus. Erneut richtete der Kongress eine Twitterwall im Versammlungssaal ein, dank derer die Allgemeinheit die themenbezogenen Debatten verfolgen und unter Hashtag #youthsession kommentieren konnten.

Die ad hoc-Gruppe zur Jugendpartizipation an der Arbeit des Kongresses, die letzten Februar eingerichtet wurde, hielt im Mai ihr erstes Treffen ab. Die Gruppe, die aus zwei Vizepräsidenten (einen aus der Kammer der Regionen und einen aus der Kammer der Gemeinden), dem Themensprecher des Kongresses für Jugend und zwei Mitgliedern des Advisory Council on Youth bestand, diskutierten ausführlich unterschiedliche Vorschläge zur Verbesserung der Partizipation junger Menschen in nachhaltiger Weise, wodurch die allgemeine Berücksichtigung von Jugendthemen in der Arbeit und den Texten des Kongresses ermöglicht wird. Die ad hoc-Gruppe wird sich erneut im Februar 2016 treffen, um ihre Arbeit fortzusetzen. Die Gruppe hofft, dem Präsidium des Kongresses ihre Vorschläge in der ersten Hälfte des Jahres 2016 vorlegen zu können.

Der Kongress setzt seine Kooperation mit dem Jugendsektor des Europarats fort. Er trägt zur Kontaktgruppe von DG II über den Übertritt junger Menschen in die Selbständigkeit und ins

Berufsleben fort, wobei die Ergebnisse in den Kongress-Bericht „Für immer jung? Die Rolle der Jugendpolitik und der Jugendarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene zur Unterstützung des Übertritts junger Menschen in die Selbständigkeit und ins Berufsleben“ einfließen werden.

Der Themensprecher des Kongresses für Jugend nahm letzten Juli am Treffen von Enter! Youth in Bezug auf die Rolle kommunaler und regionaler Stellen beim Festlegen einer Politik teil, die den Zugang junger Menschen zu ihren sozialen Menschenrechten erleichtert.

II. AKTIVITÄTEN DER KONGRESSORGANE

A. PRÄSIDIUM

Straßburg, 29. Juni 2015

Das Präsidium nahm den Zeitplan für die Vorbereitung seiner Prioritäten für 2017-2020 an, der insbesondere zwei Arbeitstreffen im Dezember 2015 und Dezember 2016 und eine Konsultation nationaler und europäischer Gemeinde- und Regionalverbände vorsieht.

Darüber hinaus hat das Präsidium einen Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden der Gruppe unabhängiger Experten für die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung geführt und hat die Agenda für die zweite Tagung des Kongresses 2015 (20.-22. Oktober) diskutiert, insbesondere die Partizipation von Jugenddelegierten, vorläufige Informationen zur Beobachtung neuerer Kommunalwahlen in der Republik Moldau und in Albanien und den Beitrag des Kongresses zum Weltforum für Demokratie.

Straßburg, 14. September 2015

Das Präsidium führte einen Meinungsaustausch mit Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarats. Sie diskutierten die Lage der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit in verschiedenen Staaten und das Problem der Korruption, der Radikalisierung und die Tendenzen hin zu einer erneuten Zentralisierung von Befugnissen, die in mehreren Staaten zu beobachten ist.

Der Generalsekretär und die Mitglieder des Präsidiums erinnerten daran, dass die Flüchtlings- und Migrantenkrise über den humanitären und menschlichen Aspekt hinaus auch eine Herausforderung für die demokratische Sicherheit des Kontinents ist. Diese Krise war auch Gegenstand einer Debatte aktueller Angelegenheiten innerhalb des Präsidiums, die die Notwendigkeit für die Staaten betonte, einheitliche Gesetze für Flüchtlinge, Asylsuchende und Einwanderer zu erlassen, damit die Gemeinden und Regionen deren Aufnahme und Integration vor Ort durchführen können.

Das Präsidium genehmigte eine Vereinbarung mit dem Europäischen Forum für urbane Sicherheit (EFUS, am 17. September 2015 unterzeichnet), die einen Rahmen für die Zusammenarbeit bei Angelegenheiten festlegt, die sich auf die Sicherheit und die Bekämpfung von Gewalt auf kommunaler Ebene beziehen.

Straßburg, 19. und 22. Oktober 2015

Das Präsidium genehmigte eine Erklärung über „die Aufnahme von Migranten in Europa“, die später vom Kongress während der Debatte „Flüchtlings- und Migrationskrise: welche Rolle spielen die Gemeinden und Regionen?“, die am 21. Oktober auf der 29. Tagung stattfand, angenommen wurde (siehe Anhang 6).

Das Präsidium führte außerdem einen Meinungsaustausch zu den Prioritäten des Kongresses für 2017-2020 durch.

Des Weiteren besprach es ein Schreiben des Gemeindeverbandes von Anatolien und ein Schreiben der Demokratischen Regionalpartei (DBP) über die Situation mehrerer Bürgermeister, die man ihrer

Pflichten entbunden hat, und beschloss, dieses Thema bei seiner nächsten Sitzung in Sofia vom 10.-11. Dezember 2015 zu erörtern. Das Präsidium erörterte außerdem mehrere Dokumente über die Situation der lokalen Demokratie in Aserbaidschan und bat den Generalsekretär, einen Informationsbericht über die neusten Entwicklungen der politischen Situation des Landes zu verfassen, der bei der nächsten Sitzung besprochen werden soll.

Das Präsidium wurde über die bilateralen Projekte in Armenien, Albanien und der Ukraine unterrichtet und über die regionalen Aktivitäten, die Teil des Programatischen Rahmenwerks für Armenien, Aserbaidschan, Georgien, die Republik Moldau, die Ukraine und Weißrussland sind und die von der Europäischen Union finanziert und vom Europarat umgesetzt werden.

Das Präsidium nahm die Auflösung der Kontaktgruppe/Ausschuss der Regionen und die Gründung der neuen Kontaktgruppe zur Kenntnis, bestehend aus dem Kongress-Präsidenten und den Präsidenten der beiden Kammern für den Kongress, und aus dem Präsidenten und dem 1. Vizepräsidenten und dem CIVEX-Präsidenten für den Ausschuss der Regionen.

B. KAMMER DER GEMEINDEN

Bei der 29. Tagung am 21. Oktober 2015 wählte die Kammer der Gemeinden Hanna Zdanowska (Polen, PPE/CCE) und Breda Pecan (Slowenien, SOC) zur 6. Vizepräsidentin bzw. zum 7. Vizepräsidenten.

Die Kammer unter dem Vorsitz von Anders Knappe (Schweden, EPP/CCE) und später Barbara Toce (Italien, SOC) begann ihre Sitzung mit einer Debatte über den Bericht zu den Kommunalwahlen in Albanien, die am 21. Juni 2015 stattfanden. Diese Wahlen waren die ersten Wahlen nach der Annahme der Verwaltungs- und Gebietsreform im Juli 2014, die eine neue Gesetzgebung in Bezug auf weibliche Kandidaten einschloss. Der Bericht betonte die Verbesserungen, die seit den letzten Wahlen erfolgt waren, vor allem den friedlichen und zivilisierten Wahlkampf und Wahlgang.

Die zweite Debatte betraf eine Empfehlung zu den Kommunalwahlen in der Republik Moldau am 14. Juni 2015. Der Kongress erinnerte daran, dass diese Wahlen in einem schwierigen politischen und sozioökonomischen Umfeld durchgeführt wurden und die Beobachter des Kongresses erkannten die Bemühungen der moldawischen Stellen an, den Rechtsrahmen für die Wahlen zu verbessern. Jerry Lundy, (Irland, ALDE), der im Namen der Delegationsmitglieder des Ausschusses der Regionen sprach und an der Beobachtungsmission teilgenommen hatte, betonte die konstruktive Partizipation der Zivilgesellschaft am Wahlbeobachtungsprozess sowie die bessere Vertrautheit der Wahlausschüsse des Landes mit den Verfahren.

Eine Empfehlung zur Situation der lokalen Demokratie in Montenegro wurde von den Ko-Berichterstatteuren Gaye Doganoglu (Türkei, EPP/CCE) und Henrik Brade Johansen (Dänemark, ILDG) vorgelegt. Der Bericht lenkt die Aufmerksamkeit auf die laufende Reform AURUM im Bereich der öffentlichen Verwaltung, öffentlichen Dienste und kommunalen Selbstverwaltung. Er verweist auf einige der Themen, die mit der Personalkapazität der Gemeinden in Montenegro zu tun haben. Er rief die nationalen Stellen auf, ein nachhaltiges System zur Personalentwicklung in enger Zusammenarbeit zwischen kommunaler und nationaler Ebene in den Gemeinden umzusetzen.

Die Kammer debattierte die Situation der lokalen Demokratie in Luxemburg. Der Bericht wurde von den Ko-Berichterstatteuerinnen Dorin Chirtoacă (Moldau, EPP/CCE) und Marianne Hollinger (Schweiz, ILDG) vorgelegt. Er stellt fest, dass Luxemburg ein gutes Beispiel für die de facto und rechtliche Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung ist, wie in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung festgelegt. Er verwies jedoch darauf, dass es notwendig sei, in eindeutiger Weise die Befugnisse des Staates und der Kommunen festzulegen und die staatliche Verwaltungsaufsicht über die Tätigkeit der Kommunen abzubauen. Der Debatte folgte eine Präsentation von Dan Kersch, dem luxemburgischen Minister für Inneres, Beamtentum und Verwaltungsreform.

Schließlich debattierten die Mitglieder der Kammer der Gemeinden einen Bericht und eine Entschließung über „Neue Formen der lokalen Governance“. Die Entschließung unterstreicht neue Formen der lokalen Governance, die in ganz Europa entstehen und die der Governance eine neue

Flexibilität bringen und die den kommunalen und regionalen Stellen ermöglichen, ihre Effizienz und die Qualität ihrer Dienste zu verbessern. Er forderte einen größeren Austausch an bester Praxis zwischen den Mitgliedstaaten und rief die Gemeinden auf, zusammen an besseren Methoden für das Erbringen öffentlicher Dienste zu entwickeln, bei gleichzeitiger Einbeziehung der Bürger und Gewährleistung der vollumfänglichen Rechenschaft.

C. KAMMER DER REGIONEN

Die Kammer der Regionen, unter der Präsidentschaft von Gudrun Mosler-Törnström (Österreich, SOC), setzte ihre Prioritäten 2015-2016 um, und befasste sich vor allem mit den politischen Entwicklungen auf regionaler Ebene und mit Regionalwahlen, Regionalisierungstrends, Fragen zu den Regional- oder Minderheitensprachen und interregionalen Kooperationsinitiativen.

Bei ihrer 29. Sitzung (21. Oktober 2015) diskutierte die Kammer den Informationsbericht über die Beobachtung der Regionalwahlen des Gouverneurs von Gagausien (Moldau), die am 22. März 2015 stattfanden, und nahm diesen an. Der Bericht wurde von Andrée Buchmann (Frankreich, SOC) präsentiert.

Als wichtiger Punkt der Sitzung diskutierte die Kammer den Bericht über „Trends der Regionalisierung in den Mitgliedstaaten des Europarats“, vorgelegt von der Berichterstatteerin Marie-Madeleine Mialot-Muller (Frankreich, SOC), der einen Überblick der wichtigsten Regionalisierungstrends in den Mitgliedstaaten des Europarats seit 2007 gibt, und nahm diesen an. Der Bericht konzentriert sich auf die institutionelle und administrative Organisation der Regionen, ihre Zuständigkeiten und ihre finanzielle Autonomie. Die angenommene Entschließung erinnert an die Notwendigkeit der Solidarität der Gebietskörperschaften innerhalb der Nationalstaaten und bekräftigt erneut, wie wichtig es ist, den Regionen ausreichende Mittel bereitzustellen, damit diese ihre Befugnisse effektiv und effizient ausüben können.

In derselben Sitzung hielt die Kammer eine Debatte über „Regional- und Minderheitensprachen in Europa: neuste Entwicklungen, Herausforderungen und gute Praxis“ ab. Die Redner - Vesna Grnic-Grotic, Vorsitzende des Expertenausschusses für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, Paata Zakareishvili, Staatsminister aus Georgien für Versöhnung und Gleichheit der Bürger, Damien Thiéry, Mitglied des Ausschusses für Gleichheit und Nichtdiskriminierung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und Justin Vogel, Vizepräsident des Rats der Region Elsass in Frankreich – trugen auf beeindruckende Weise zur Debatte bei. In ihren Schlussfolgerungen erinnerte die Präsidentin der Kammer Gudrun Mosler-Törnström (Österreich, SOC) daran, dass die Gemeinden und Regionen bei der Förderung und dem Schutz der Minderheitensprachen eine größere Rolle spielen. Die Debatte ist Ausgangspunkt für die Vorbereitung, durch den Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten des Kongresses, eines Berichts über „Regional- und Minderheitensprachen in Europa“ (Berichterstatteerin Line Skoii Vennesland Fraser, Norwegen, ECR), der im Oktober 2017 anlässlich des 25. Jahrestages der ECRML angenommen werden soll.

D. AUSSCHÜSSE

Monitoring-Ausschuss

Der Ausschuss traf sich am 17. September 2015 in Warschau (Polen) und nahm den Empfehlungsentwurf über die lokale Demokratie in Luxemburg und Montenegro an, der dem Kongress auf seiner Tagung im Oktober 2015 zur Annahme vorgelegt wurde. Der Ausschuss diskutierte außerdem den Entschließungs- und Empfehlungsentwurf auf Grundlage der Beobachtung der Kommunalwahlen in der Republik Moldau (abgehalten am 14. Juni 2015) und der Beobachtung der Kommunalwahlen in Albanien (abgehalten am 21. Juni 2015) und nahm diese an und genehmigte den Entschließungs- und Empfehlungsentwurf über „Wahlrecht mit 16 und Folgen für die Jugendpartizipation auf kommunaler und regionaler Ebene“, der ebenfalls auf der Tagung im Oktober 2015 zur Annahme vorgelegt wurde.

Der Ausschuss erörterte zwei Beschwerden über die Situation französischsprachiger Bürgermeister in Gemeinden mit Sondersprachregelungen am Stadtrand von Brüssel und die Verhaftung in der Türkei

von Bürgermeistern von Gemeinden in Südwest-Anatolien. Er debattierte des Weiteren die Situation der lokalen Demokratie in Griechenland, insbesondere im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen, und nahm auf Vorschlag der Kongress-Berichtersteller für Aserbaidschan eine Erklärung über die Situation der lokalen Demokratie und der Menschenrechte in Aserbaidschan an (siehe Anhang 3).

Abschließend führten die Ausschussmitglieder einen Meinungs austausch über die Post-Monitoring-Tätigkeit für Portugal durch, für das am 9. September 2015 ein Fahrplan von den nationalen Stellen unterzeichnet wurde, und für Armenien und die Republik Moldau, für die gemeinsam mit den nationalen Stellen Fahrpläne entworfen wurden, die Ende 2015 und Anfang 2016 an die Stellen verschickt wurden.

Am 18. September 2015 nahmen die Mitglieder des Monitoring-Ausschusses an einer von der Stadt Warschau ausgerichteten Konferenz teil, die den 30. Jahrestag der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung feierte.

Governance-Ausschuss

Der Governance-Ausschuss hielt am 12. Juni 2015 ein Treffen in Straßburg ab und nahm mehrere Texte an, vor allem einen vorläufigen Entschließungs- und Empfehlungsentwurf über die Arbeitsbedingungen kommunaler und regionaler Vertreter, der anschließend vom Kongress auf seiner 29. Tagung im Oktober 2015 angenommen wurde. Der Ausschuss nahm auch die Entschließungsentwürfe über „Neue Formen der lokalen Governance“ und „Entwicklungen der Regionalisierung in den Mitgliedstaaten des Europarats“ an, die ebenfalls auf der Tagung im Oktober angenommen wurden.

Schließlich nahm der Ausschuss noch den Entwurf für die Aufgabenstellung für einen Bericht über „Prävention von Korruption/Förderung der öffentlichen Ethik auf lokaler und regionaler Ebene“ an.

Auf seiner Sitzung am 20. Oktober 2015, am Rande der 29. Tagung des Kongresses, wählte der Ausschuss Marie-Madeleine Mialot Muller (Frankreich, SOC) zur Vorsitzenden des Ausschusses und Philippe Leuba (Schweiz, ILDG) zum 5. stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses.

Der Ausschuss diskutierte einen vorläufigen Empfehlungsentwurf über „Autonomie und Grenzen in einem sich entfaltenden Europa“, der dem Kongress auf seiner 30. Tagung im März 2016 zur Annahme vorgelegt wird. Anschließend diskutierte und genehmigte er einen Berichtsentwurf und einen vorläufigen Entschließungsentwurf, der gemeinsam mit dem Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten verfasst wurde, über ein „Pädagogisches Tool-Kit für kommunal gewählte Amtsträger für das Organisieren interkultureller und interreligiöser Aktivitäten“, der ebenfalls auf der Tagung im März 2016 zur Annahme vorgelegt wird. Diese Aktivität wird im Rahmen der Kongress-Strategie zur Bekämpfung von Radikalisierung an der Basis durchgeführt. Das Tool-Kit wird in Kürze herausgegeben.

Der Ausschuss wurde des Weiteren von den jeweiligen Berichterstellern über die Fortschritte in der Arbeit zu folgenden Themen unterrichtet: „Gute Governance in Großstadtgebieten“, „Prävention von Korruption und Förderung der öffentlichen Ethik auf lokaler und regionaler Ebene“, „Gendergerechter Haushaltsplan“ und „Open Data für Städte“.

Eine Konferenz zum Thema „Für eine Allianz europäischer Städte gegen den gewaltbereiten Extremismus“ wurde vom Governance-Ausschuss und vom Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten am 18. November 2015 in Århus, Dänemark, organisiert (siehe Radikalisierung unter VI Themenbezogene Aktivitäten).

Das Arbeitsprogramm des Ausschusses wurde den Kongressmitgliedern in einem Seminar präsentiert, das während der 29. Tagung stattfand.

Das nächste Ausschusstreffen findet am 22. März 2016 am Rande der 30. Tagung des Kongresses in Straßburg statt.

Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten

Der Ausschuss hielt seine zweite Sitzung für 2015 am 1. Juli in 's Hertogenbosch in den Niederlanden ab. Er nahm den Entschließungs- und Empfehlungsentwurf über „Bekämpfung der wachsenden Armut von Frauen: die Verantwortung der Gemeinden und Regionen“, „Verfechten der Kinderrechte

in Zeiten der Austerität", „Richtlinien für Gemeinden und Regionen bei der Prävention von Radikalisierung und Manifestationen von Hass an der Basis" und „Abbau von Barrieren für die Jugendpartizipation" an, die anschließend vom Kongress auf seiner 29. Tagung angenommen wurden.

Der Ausschuss erhielt Informationen über die Fortschritte in Bezug auf die Partizipation von Frauen in der Politik auf lokaler und regionaler Ebene und die Entwicklung eines „Tool-Kit" für interkulturelle und interreligiöse Aktivitäten von lokal gewählten Amtsträgern.

Der Ausschuss nahm des Weiteren die Mandate über die Rolle der Jugendpolitik für den Übertritt junger Menschen ins Berufsleben und in die Selbständigkeit, über Regional- und Minderheitensprachen und das Ausrichten einer Konferenz zur Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus in Europa zur Kenntnis.

Die dritte und letzte Sitzung des Jahres fand am 20. Oktober am Rande der 29. Tagung des Kongresses in Straßburg statt. Die Ausschussmitglieder nahmen an einer Debatte über das Betteln in städtischen Gebieten teil, bei der sie einen Beitrag eines Vertreters der Regionalversammlung des Bundeslandes Salzburg (Österreich) zu Themen in Bezug auf das Betteln auf Straßen und die von der Stadt Salzburg ergriffenen Maßnahmen hörten.

Das Arbeitsprogramm des Ausschusses wurde den Kongressmitgliedern in einem Seminar präsentiert, das während der 29. Tagung stattfand.

Das nächste Ausschusstreffen findet am 22. März 2016 am Rande der 30. Tagung des Kongresses in Straßburg statt.

IV. MONITORING DER LOKALEN UND REGIONALEN DEMOKRATIE

Nach der Annahme der geänderten Statutarischen EntschlieÙung und Charta des Kongresses am 8. Juli 2015 durch das Ministerkomitee, nahmen die Kongressmitglieder auf der 29. Tagung neue Regeln und Verfahren an.

Die Aktualisierung und Aufnahme der Regelungen zu den Verfahren, die das Monitoring der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, die Beobachtung von Kommunal- und Regionalwahlen und das Post-Monitoring und den Post-Beobachtungsdialog regeln, in den Haupttext der Geschäftsordnung reflektiert die Tatsache, dass diese Verfahrensweisen integraler Bestandteil der Methodologie und Verfahren des Kongresses als Ganzes sind (siehe Regel 73-88 in Anhang 7).

Sie bietet sowohl den Kongressmitgliedern als auch den Ansprechpartnern in den betroffenen Mitgliedstaaten transparente Regeln und Verfahren, die auf alle Monitoring- und Wahlbeobachtungsaktivitäten angewendet werden.

A. MONITORING-TÄTIGKEIT

Im Kontext der Evaluierung der Charta führte der Kongress zwischen April und November 2015 zwei Monitoring-Besuche und vier Post-Monitoring-Besuche durch.

Monitoring-Besuche

Frankreich (26.-29. Mai 2015)

Eine Delegation unter Leitung der Berichterstatter Jakob Wienen (EPP/ECC, Niederlande) und Gudrun Mosler-Törnström (SOC, Österreich) untersuchte die Maßnahmen, die in Bezug auf die Verpflichtungen ergriffen wurden, die Frankreich bei der Ratifizierung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 2007 Verpflichtungen eingegangen ist. Dies war der erste

Besuch zur Evaluierung der Anwendung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung seit ihrer Ratifizierung durch Frankreich. Insbesondere untersuchten die Kongress-Berichterstatter die Gebietsreform, die gegenwärtig vollzogen wird, und insbesondere die Bedingungen für die Konsultation der regional gewählten Amtsträger im Zusammenhang mit den geänderten Regionalgrenzen. Die Delegation traf sich mit Vertretern des Ministeriums für Dezentralisierung, Staatsreform und öffentliche Dienste, der Senatsdelegation für Gemeinden und Regionen und Dezentralisierung, des Ministeriums für Finanzen und öffentliches Rechnungswesen und dem Präsidenten der Regionalkammer des Rechnungshofs sowie Vertretern der wichtigsten Nationalverbände der Gemeinden und Regionen und mit Vertretern der Region Champagne-Ardenne. Sie traf sich außerdem noch mit dem Minister für Überseegebiete und dem für europäische Angelegenheiten zuständigen Gemeinderat der Stadt Paris und der Ombudsperson.

Montenegro (9.-11. Juni 2015)

Eine Delegation unter Leitung der Berichterstatter Gaye Doganoglu (Türkei, EPP/ECC) und Henrik Brade Johansen (Dänemark, ILDG) untersuchte die in Bezug auf die Verpflichtungen ergriffenen Maßnahmen, die Montenegro bei der Ratifizierung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung 2008 eingegangen ist. Es gab Treffen mit dem Innenminister, dem Finanzminister und mit Vertretern des Bürgermeisters von Podgorica, dem Bürgermeister von Nikšić und dem Bürgermeister von Danilovgrad. Die Delegation traf sich außerdem mit dem Vizepräsidenten des Parlaments, dem Präsidenten des Rechnungshofs, dem Generalsekretär des Verfassungsgerichts und der Ombudsperson.

Angenommene Empfehlungen

Luxemburg

Die Empfehlung 380 (2015) über Lokale Demokratie in Luxemburg wurde während der 29. Tagung des Kongresses angenommen. Die Berichterstatterinnen Dorin Chirtoacă, (Republik Moldau, EPP/ECC) und Marianne Hollinger (Schweiz, ILDG) betonten die Notwendigkeit einer klaren Angrenzung der Befugnisse von Staat und Kommunen und des Abbaus der staatlichen Verwaltungsaufsicht der Tätigkeit der Kommunen. Sie unterstrichen außerdem die Notwendigkeit, die Kommunen mit ausreichenden Eigenmitteln auszustatten.

Dies ist der zweite Bericht über das Monitoring der kommunalen Demokratie in Luxemburg seit der Ratifizierung der Charta durch diesen Staat im Jahr 1987.

Montenegro

Während der 29. Tagung nahm der Kongress die Empfehlung 379 (2015) über lokale Demokratie in Montenegro an, die nach einem Monitoring-Besuch dieses Landes durch die Ko-Berichterstatter Gaye Doganoglu (Türkei, EPP/ECC) und Henrik Brade Johansen (Dänemark, ILDG) im Juni 2015 verfasst wurde. Die Berichterstatter unterstrichen die Bedeutung der Reform der öffentlichen Verwaltung (AURUM), die 2011 begann und die den Rahmen für große Reformen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, öffentliche Dienste und kommunale Selbstverwaltung legt. Sie lenkten jedoch die Aufmerksamkeit auf eine Reihe von Problemen im Hinblick auf die Personalkapazität in den Gemeinden in Montenegro und betonten insbesondere die Notwendigkeit sicherzustellen, dass der Transfer von Zuständigkeiten mit den entsprechenden finanziellen Mitteln einhergeht, über die die Gemeinden im Rahmen ihrer Befugnisse frei verfügen können. Dies ist der zweite Bericht über das Monitoring der kommunalen Demokratie in Montenegro seit der Ratifizierung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung durch diesen Staat im Jahr 2008.

B. POST MONITORING

Das Post-Monitoring ist ein Verfahren, das vom Kongress etabliert wurde, um eine Nachbereitung des Monitoring und der Umsetzung seiner Empfehlungen an die Mitgliedstaaten über lokale und regionale Demokratie durch einen umfassenden politischen Dialog zwischen den Stellen des betreffenden Staates und dem Kongress sicherzustellen. Das Verfahren wird auf Antrag der Stellen eines Staates

eingeleitet. Es basiert im Wesentlichen auf einem politischen Dialog mit dem Kongress und betrifft die vom Kongress in Bezug auf die Staaten, die ein Post-Monitoring akzeptieren, ausgesprochenen Empfehlungen.

Die Post-Monitoring-Übungen, die in der Ukraine, in Portugal, Georgien, der Republik Moldau und in Armenien durchgeführt wurden, sind besonders signifikante Beispiele und zeigen, wie der politische Dialog in relativ kurzer Zeit zu positiven Entwicklungen führen kann.

Unterzeichnete Fahrpläne

Ukraine (20. Mai 2015)

Siehe die Kongress-Aktivitäten in der Ukraine unter III. Agenda

Portugal (9. September 2015)

Die Vizepräsidentin des Kongresses, Gudrun Mosler-Törnström, und der portugiesische Staatssekretär für die kommunale Verwaltung, António Leitão Amaro, unterzeichneten einen Fahrplan für die Umsetzung der Dezentralisierungsreform in Portugal. Das Unterzeichnen des Fahrplans erfolgte nach der Annahme einer Empfehlung über die Situation der lokalen Demokratie in Portugal (Empfehlung 323(2012)) durch den Kongress und einem konstruktiven Post-Monitoring-Dialog über die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung, der 2013 begann.

Die Vizepräsidentin des Kongresses erklärte, „dieses Post-Monitoring in Portugal ist das erste im westlichen Teil des europäischen Kontinents, und es wird beispielhaft bleiben“. Der portugiesische Staatssekretär für die kommunale Verwaltung unterstrich, „die Kooperation mit dem Kongress ist eine anspruchsvolle, aber äußerst konstruktive Übung. Wir haben die Monitoring- und die Post-Monitoring-Verfahren benutzt, um unsere politische Situation im Hinblick auf die lokale Demokratie zu verbessern.“

Den politischen Dialog ins Rollen gebracht

Republik Moldau

Im Rahmen des Post-Monitoring-DIALOGs, der am 2. Juli 2015 in Chisinau begann, führten die Berichterstatter des Kongresses für die Republik Moldau, Philippe Receveur (Schweiz, EPP/CCE) und Francis Lec (Frankreich, SOC) einen weit gespannten Meinungsaustausch mit Vertretern verschiedener moldawischer Ministerien, an dem der Kongress der Gemeinden in Moldau (CALM) und Dorin Chirtoaca, Bürgermeister von Chisinau und Vertreter der moldawischen Delegation beim Kongress teilnahmen. Die Regierungsvertreter verliehen ihrem Wunsch Ausdruck, die nationale Dezentralisierungsstrategie bis zum Ende dieses Jahres umzusetzen. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die wichtigsten Empfehlungen, die 2012 vom Kongress angenommen worden waren, und auf den Dialog zwischen Chisinau und dem Autonomen Gebiet Gagausien. Der Kongress äußerte seine Zufriedenheit mit der erklärten Bereitschaft, einen konkreten und fruchtbaren Dialog zu verfolgen. In Kürze wird ein Fahrplan vom Kongress und der moldawischen Regierung entworfen, um die Schritte zu identifizieren, die ergriffen werden müssen, um die Kongress-Empfehlung umzusetzen.

Armenien

Eine Kongressdelegation unter Leitung der Berichterstatter Nigel Mermagen (Vereinigtes Königreich, ILDG) und Gunn-Marit Helgesen (Norwegen, EPP/CCE) untersuchten die von Armenien in Bezug auf die Empfehlung 351(2014) über die lokale und regionale Demokratie in diesem Land ergriffenen Maßnahmen. Die Delegation traf sich mit Vache Terteryan, erster stellvertretender Minister für Gebietsverwaltung und Notsituationen. Die wichtigsten Punkte, die von der Delegation angesprochen wurden, waren die Subsidiarität (Gebietsverwaltung, Konsultation und Verwaltungsaufsicht) und die lokalen Finanzen (Finanzausgleich, Steuermechanismen und Eigenmittel). Die Delegation betonte die vielen Schritte, die von Armenien in Bezug auf einen Großteil der Empfehlungen für die Stellen durchgeführt wurden. Die Überarbeitung der Verfassung, die gegenwärtig erfolgt, ist ebenfalls ein grundlegendes Element in der Entwicklung der lokalen Demokratie in Armenien. In Kürze wird ein Fahrplan vom Kongress und der armenischen Regierung entworfen, um die Schritte zu identifizieren, die ergriffen werden müssen, um die Kongress-Empfehlung umzusetzen.

Georgien

Eine Kongressdelegation unter Leitung der Berichterstatter Helena Pihlajasaari (Finnland, SOC) und Nigel Mermagen (Vereinigtes Königreich, ILDG) untersuchte die von Georgien ergriffenen Maßnahmen in Reaktion auf die Empfehlung 334(2013) über die lokale und regionale Demokratie in diesem Land. Das Post-Monitoring konzentrierte sich im Wesentlichen auf die georgische Verfassung, um das Subsidiaritätsprinzip in den Bereich der kommunalen Verwaltung, die Stärkung der Finanzautonomie der Gemeinden und die Gründung eines echten Konsultationsverfahrens zwischen den nationalen und lokalen Stellen aufzunehmen. Die Kongress-Berichterstatter für die lokale und regionale Demokratie in Georgien und die georgische Regierung haben sich auf den Text eines Fahrplans geeinigt, der die verschiedenen Phasen der Anwendung der Empfehlung festlegt. Die offizielle Unterzeichnung zwischen den nationalen Stellen und dem Kongress soll planungsgemäß Ende 2015 in Tiflis erfolgen.

C. BEOBACHTUNG VON KOMMUNAL- UND REGIONALWAHLEN

Beobachtungsmission in der Republik Moldau (9.-15. Juni 2015)

Eine Delegation unter Leitung des Kongressmitglieds Amy Koopmanschap (Niederlande, SOC), bestehend aus den Mitgliedern des Kongresses und des EU-Ausschusses der Regionen, hat am 14. Juni 2015 die von der Republik Moldau organisierten Kommunalwahlen beobachtet. Die Delegation kam zu dem Urteil, dass die Abstimmung generell effizient verwaltet wurde und gemäß einem Rechtsrahmen erfolgte, die im Allgemeinen den europäischen Standards entspricht. Sie stellte des Weiteren fest, dass die Wähler eine vielfältige Auswahl hatten, trotz der Tatsache, dass das entsprechende Gesetz nach der offiziellen Ankündigung der Wahlen geändert wurde. Außerdem wurden diese Wahlen im Kontext politischer Unruhen aufgrund eines massiven Finanzskandals und des Rücktritts des Premierministers zwei Tage vor dem Urnengang durchgeführt.

Die Kongressdelegation erkannte die Maßnahmen an, die von den moldawischen Stellen ergriffen wurden, um die Genauigkeit der Wählerlisten sicherzustellen, vor allem durch den Einsatz des Staatlichen Automatischen Informationssystems „Elections“. Allerdings ist die Qualität der Wählerlisten nach wie vor ein Problem, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass schätzungsweise 1 Mio. Wähler – die in den Listen geführt werden – de facto im Ausland leben. Darüber hinaus gehören übermäßig restriktive Anforderungen für die Anmeldung unabhängiger Kandidaten und Berichte über Einschüchterungen dieser Kandidaten zu den vom Kongress hervorgehobenen Problemen.

Beobachtungsmission in Albanien (18.-22. Juni 2015)

Eine Delegation unter Leitung des Kongressmitglieds Stewart Dickson (Vereinigtes Königreich, ILDG), bestehend aus Mitgliedern des Kongresses und des EU-Ausschusses der Regionen, beobachtete die Kommunalwahlen in Albanien am 21. Juni 2015. Allgemein zeigte sich der Kongress zufrieden, dass diese Wahlen zur weiteren „Normalisierung“ des politischen Umfelds beigetragen haben. Der Wahlkampf verlief allgemein ruhig und die Stimmabgabe, mit wenigen Ausnahmen, in geordneter Weise. Die Delegation begrüßte außerdem, dass die Gesetze geändert wurden und nun eine 50%ige Quote für weibliche Kandidaten für Gemeinderäte vorsieht. Ein grundlegendes Problem ist nach wie vor die tiefe politische Spaltung des Landes nach Parteien. Dementsprechend hat der Kongress vorgeschlagen, die Modalitäten für das Ernennen und Entlassen von Mitgliedern der Wahlgremien auf allen Ebenen zu überarbeiten. Die zweite wichtige Empfehlung betrifft die gesetzliche Bestimmung der Wohnortauflagen für die Wählerregistrierung auf lokaler Ebene, da die Wählerlisten schätzungsweise 1 Mio. Wähler enthalten, die de facto im Ausland leben. Weitere Empfehlungen schließen die Etablierung fairer Rahmenbedingungen für unabhängige Kandidaten, die Stärkung des Beschwerdesystems und die Beschleunigung des Auszählprozesses ein.

Im Kontext der Verwaltungsreform, die im Juli 2014 angenommen wurde, und der Neuziehung der Wahlbezirksgrenzen, die zu Beschwerden politischer Interessengruppen führte, beschloss der Monitoring-Ausschuss des Kongresses die Entsendung einer Erkundungsmission nach Albanien im Rahmen seines Nach-Wahl-Dialogs, um die Situation der lokalen Demokratie zu ermitteln.

Beobachtungsmission in der Ukraine (22.-26. Oktober 2015)

Siehe die Kongress-Aktivitäten in der Ukraine unter II. Agenda

V. THEMENBEZOGENE AKTIVITÄTEN

A MENSCHENRECHTE

1. Erstes internationales Forum über die Umsetzung der Menschenrechte auf lokaler Ebene

2. Die Vertreter des Kongresses und die lokalen und regionalen Entscheidungsträger aus 25 Staaten trafen sich zum Internationalen Forum „Schwerpunkt Menschenrechte“ in Graz (Österreich) am 28. und 29. Mai 2015. Sie verabschiedeten eine Erklärung über die Umsetzung der Menschenrechte, die die Notwendigkeit unterstreicht, „auf die Bedrohungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch eine Stärkung der Kooperation zwischen den Stellen aller Ebenen, den Austausch bester Praktiken und die Beurteilung der Ergebnisse umgesetzter Maßnahmen zu reagieren, um eine gemeinsame Strategie zur Stärkung der Integration zu verfolgen und die Menschenrechte in den Städten und Regionen Europas Wirklichkeit werden zu lassen“. Diese Erklärung wird die Grundlage der zukünftigen Arbeit des Kongresses in diesem Bereich sein.

B RADIKALISIERUNG

Die Terrorangriffe, die dieses Jahr in Europa und andernorts stattgefunden haben, verstärken die dringende Notwendigkeit der Städte, mehr Initiativen für eine effektive Prävention und zur Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung zu ergreifen.

Im Mai 2015 führte der Europarat einen umfassenden Aktionsplan für 2015-2017 zur „Bekämpfung von gewaltbarem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führt, ein“. In Zusammenhang mit dieser Initiative hat der Kongress eine Strategie zur Bekämpfung des Phänomens in Städten und Regionen entwickelt. Auf Basis dieser Strategie hat er „Richtlinien für Gemeinden und Regionen zur Prävention von Radikalisierung und Manifestationen von Hass an der Ebene“ entwickelt, die am 20. Oktober 2015 auf der 29. Tagung während einer Debatte zu diesem Thema angenommen wurden.

Die Richtlinien, die sich mit Fragen der Sicherheit und urbanen Sicherheit befassen, stützen sich auf zwei Ansätze, i.e. die Prävention und die Reintegration von radikalisierten Personen. Sie rufen die europäischen Städte und Regionen auf, lokale Strategien mit den Institutionen und verbundenen lokalen Partnern zu entwickeln (siehe Anhang 4).

Der Kongress hat außerdem eine Initiative „Für eine Allianz europäischer Städte gegen gewaltbereiten Extremismus“ gestartet, eine Plattform für den Austausch, um die Kooperation zwischen den Städten bei der Prävention von Radikalisierung zu unterstützen. Im Zusammenhang mit dieser Initiative hat er eine Konferenz der Gemeinden zur Prävention von Radikalisierung, die zu gewaltbarem Extremismus führt, organisiert, die gemeinsam mit dem Europäischen Forum für urbane Sicherheit und zusammen mit dem Bürgermeister von Aarhus am 18. November 2015 in Aarhus (Dänemark) durchgeführt wurde. Die Konferenz brachte Bürgermeister, kommunal gewählte Amtsträger, Entscheidungsträger und Experten aus 22 europäischen Staaten zusammen, die in der angenommenen Abschlusserklärung die Mobilisierung der kommunalen Stellen, in enger Absprache mit den nationalen Regierungen, für eine Allianz forderten, um der wachsenden Radikalisierung und den daraus resultierenden Taten extremer Gewalt entgegenzutreten (siehe Anhang 8).

Ein pädagogisches Tool-Kit für kommunal gewählte Amtsträger wird durch die Organisation für interkulturelle und interreligiöse Aktivitäten vorbereitet und wird im März 2016 angenommen werden.

C. RECHTE DES KINDES

Pakt der Städte und Regionen zur Beendigung der sexuellen Gewalt gegen Kinder

Der Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten des Kongresses hielt am 30. Juni 2015 ein Seminar in 's-Hertogenbosch (Niederlande) für nationale Gemeinde- und Regionalverbände der ONE in FIVE-Kampagne des Europarats und des Pakts der Städte und Regionen zur Beendigung der sexuellen Gewalt gegen Kinder ab. Die Teilnehmer unterzeichneten eine Erklärung, in der sie sich verpflichten, zweimal im Jahr Treffen in den Unterzeichnerstädten abzuhalten, um Informationen und gute Praktiken auszutauschen und den Bekanntheitsgrad des Paktes zu erhöhen, um neue Unterzeichner zu gewinnen. Sie riefen außerdem die Nationalverbände auf, die Gemeinden in ihren Staaten aufzufordern, kommunale Internetseiten zu erstellen, die dem Wohlergehen von Kindern gewidmet sind.

D. EUROPÄISCHE WOCHEN DER LOKALEN DEMOKRATIE

Die Europäische Woche der lokalen Demokratie 2015 (EWLD) fand vom 12.-18. Oktober unter dem Titel *„Zusammenleben in multikulturellen Gesellschaften: Respekt, Dialog, Interaktion“* statt. Das Motto war Teil des Schlüsselthemas für die Tätigkeit 2015 des Kongresses, die den kommunalen Reaktionen auf die Herausforderungen für die Menschenrechte gewidmet war.

Insgesamt berichteten 99 Partner aus 28 Staaten über ihre Teilnahme an der Europäischen Woche der lokalen Demokratie 2015. Bisher haben 205 damit verbundene Aktivitäten stattgefunden und weitere sind geplant.

Staaten mit der höchsten Zahl teilnehmender Städte im Jahr 2015 sind Griechenland, Russland, die Ukraine und das Vereinigte Königreich, die jeweils 6 Städte für die EWLD gewinnen konnten. Die Teilnehmer organisierten eine Bandbreite an Veranstaltungen zum Thema Multikulturalismus, u.a.: Seminare über Solidarität; Debatten über Menschenrechte; Austausch mit Migranten und Besuche in Flüchtlingslagern; zweisprachige Theateraufführungen; Interviews mit Ausländern; Ausstellungen zu neusten bewaffneten Konflikten und multikulturelle Cafés.

Im Hinblick auf den Beitrag der Verbände zeigte Frankreich das größte Engagement, wo 6 Verbände an der Initiative teilnahmen, indem sie entweder Veranstaltungen organisierten oder Kommunikationskampagnen zur EWLD durchführten.

23 Partner, die 12 Staaten vertraten, wählten den „12 Sterne“-Status, der 2015 übernommen wurde von: Amadora (PT), der Verband der Stadt und Gemeinden der Region Brüssel-Hauptstadt (BE), Antalya (TR) Buyukcekmece (TR), Bydgoszcz (PL), Chania (GR), Falun (SE), Huddinge (SE), Iasi (RO) Ivano-Frankivsk (UA), Izmit (TR), Karsiyaka (TR), Katowice (PL), Kharkiv, (UA), Luleburgaz (TR), Medgidia (RO), Melitopol (UA), Mioveni (PL), Reggio Calabria (IT), Stockton on Tees Borough Council (UK), Straßburg (FR), Sundbyberg (SE) und Tiflis (GE).

Gaye Doganoglu (Türkei EPP/CCE), Vizepräsident des Kongresses und EWLD-Sprecher, präsentierte die EWLD auf der Startkonferenz LADDER (Brüssel, 4.-5. Juni 2015), die vom Europäischen Verband der lokalen Demokratie (ALDA) organisiert wurde. Der Kongress-Präsident Jean-Claude Frécon (Frankreich, SOC) betonte die starke Verbindung zwischen der EWLD und dem „Europapreis“ der Parlamentarischen Versammlung, als er auf der 60. Gedenkfeier des Europapreises am 22. Juni 2015 in Straßburg sprach.

Die EWLD wurde auch durch das Rahmenwerk der Kooperationsaktivitäten des Kongresses sowie die zahlreichen Veranstaltungen der verbundenen Partner des Projektes gefördert.

E. WELTFORUM FÜR DEMOKRATIE

Der Kongress war aufs Engste an der Vorbereitung und Organisation des Weltforums für Demokratie beteiligt (Straßburg, 18.-20. November 2015). Bei der Eröffnung und den Plenarsitzungen wurde der Kongress offiziell durch Clemens Lammerskitten (Deutschland, EPP/CCE), Mitglied des

niedersächsischen Parlaments und Vizepräsident des Kongresses vertreten, der eine Delegation von 8 Kongressmitgliedern anführte.

Der Kongress war offizieller Sponsor von drei Arbeitssitzungen (Labs) zum Thema „*Freiheit vs. Kontrolle: Für eine demokratische Reaktion*“, zu denen er Diskutanten entsandte, die aus den Kongressmitgliedern ausgewählt wurden: Dusica Davidovic (Serbien, SOC), Mitglied des Stadtrats von Nis, sprach in Lab 9 über „Interkulturelle Reaktionen“; Andrée Buchmann (Frankreich, SOC), Mitglied des elsässischen Regionalrats, sprach in Lab 11 zum Thema „Freiheitsspiele“ und Leen Verbeek (Niederlande, SOC), der Kommissar des Königs der Provinz Flevoland und Vizepräsident des Kongresses, war Redner in Lab 12 zum Thema „Bekämpfung von Radikalisierung“.

Nawel Rafik Elmrini (Frankreich, SOC) Nataliya Romanova (Ukraine, ILDG), Dobrica Milovanovic (Serbien, EPP/CCE) und Angelika Kordfelder (Deutschland, SOC) gehörten ebenfalls der Kongressdelegation an.

Drei Partner der Europäischen Woche der lokalen Demokratie, Falun (Schweden) und Katowice (Polen) und die NRO „Liga Molodi“, qualifizierten sich für die Teilnahme am „Democracy Innovation Hackathon“, einem eintägigen kollektiven Lernprozess für demokratische Innovatoren, um ihre besten Ideen und Erfahrungen mit kommunal gewählten Vertretern auszutauschen. Diese Veranstaltung wurde während des vierten Weltforums für Demokratie in Straßburg, am 20. November 2015, organisiert.

F. INTEGRATION DER ROMA

In den letzten sieben Monaten hat der Kongress weiterhin sein internationales Netzwerk auf lokaler Ebene für die Integration der Roma entwickelt: die Europäische Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma.

Im Juni 2015 trafen sich die „Allianz“-Teilnehmer aus Serbien in Belgrad für ein nationales Seminar über die Integration der Roma auf lokaler Ebene. Das Seminar führte Vertreter der „Allianz“-Teilnehmer mit Regierungsvertretern, Experten und NRO zusammen, um die Rolle der Gemeinden und Regionen zu diskutieren und gute Praxisbeispiele auszutauschen. Ein inoffizielles Netzwerk aus Gemeinden und Regionen wurde eingerichtet, um die Ziele der „Allianz“ zu fördern.

Während der 29. Tagung verlieh der Kongress den Dosta!-Preis, der Gemeinden und Regionen auszeichnet, die innovative Ideen für die Integration der Roma umsetzen. Die Veranstaltung wurde mit Unterstützung der Allianz-Taskforce organisiert. (Siehe I. 29. Tagung)

Die Region Andalusien (Spanien) und die Metropole Reggio Calabria (Italien) traten der „Allianz“ als neue engagierte Teilnehmer bei. Rund 50 % der spanischen Roma-Population lebt in Andalusien und die Region bietet spezielle Konsultations- und Integrationsinitiativen an. Reggio Calabria verfügt über eine Bandbreite an Erfahrungen mit regionalen Projekten zur sozialen Integration, von denen einige direkt durch die Stadt verwaltet werden.

Mit diesen neuen Teilnehmern ist die Zahl der Städte und Regionen, die sich im Rahmen der „Allianz“ gegenseitig durch ihre Erfahrungen und ihr Fachwissen unterstützen, auf 130 gestiegen.

Ab dem 1. Januar 2016 wird die „Allianz“-Taskforce unter die Leitung des Sondervertreters des Generalsekretärs für Romafragen gestellt. Dies wird die Umsetzung der „Allianz“-Aktivitäten in enger Verbindung mit den Programmen ROMED und ROMACT, die von der Europäischen Union finanziert und vom Europarat durchgeführt werden, sicherstellen. Der Kongress wird seine politische Unterstützung der Allianz beibehalten.

VI. INSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT INNERHALB DES EUROPARATS

A. DER ZWISCHENSTAATLICHE SEKTOR

Das Ministerkomitee

Am 24. Juni 2015 trafen sich Jean-Claude Frécon, Präsident des Kongresses, und Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses, mit dem Vorsitzenden der Präsidentschaft von Bosnien-Herzegowina, bevor dieser sich an die Parlamentarische Versammlung wandte. Mladen Ivanic rief den Kongress auf, bei der Umsetzung des Programms des bosnischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats zu helfen.

In seiner Kommunikation an das Ministerkomitee des Europarats am 10. September 2015 gab der Kongress-Präsident Jean-Claude Frécon eine Übersicht der aktuellen Kongress-Aktivitäten, wobei er sich auf wichtige Arbeitsbereiche konzentrierte: die Flüchtlings- und Migrantenkrise, die Radikalisierung, die zu Terrorismus führt, und den Dezentralisierungsprozess in der Ukraine. Er präsentierte auch die konkreten Ergebnisse des Post-Monitoring-Dialogs mit den Stellen in mehreren Mitgliedstaaten.

Jugendsektor

Siehe Jugendpartizipation unter II. Agenda

Generaldirektion für Demokratie

Während dieses Zeitraums hat der Kongress eng mit der Generaldirektion für Demokratie und dessen Fachzentrum für kommunale Selbstverwaltung kooperiert, indem sie zusammen das neue Regionalprojekt umsetzen, das die Stärkung der lokalen Demokratie in den östlichen Partnerschaftsstaaten (2015-2017) und den Aufbau von Synergien bei bestehenden bilateralen Projekten in Albanien, Armenien und der Ukraine zum Ziel hat.

Regelmäßige Koordinierungstreffen werden weiterhin auf Sekretariatsebene stattfinden. Darüber hinaus nahm der Kongress-Präsident am 26. Juni 2015 an der Sitzung des Beratergremiums des Zentrums teil.

B. PARLAMETARISCHE VERSAMMLUNG

Der Kongress tauscht sich regelmäßig mit der Parlamentarischen Versammlung in Bereichen von gemeinsamem Interesse aus, um die Zusammenarbeit mit den Berichterstattern und den jeweiligen Sekretariaten auszubauen, insbesondere im Bereich der Geschlechtergleichheit und der Umsetzung der ONE in FIVE-Kampagne.

Der Kongress-Berichterstatter für Kinder nahm an der Sitzung des Netzwerks der Kontaktparlamentarier zur Verhütung sexueller Gewalt gegen Kinder teil, die von der PACE organisiert wurde und am 20. Mai 2015 in Chisinau, Republik Moldau stattfand.

Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung, Anne Brasseur, sprach während der 29. Tagung zum Kongress. Mitglieder der Versammlung nahmen auch an zwei Debatten der Tagung zu den Themen Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen und die Flüchtlings- und Migrantenkrise teil. (Siehe I. 29. Tagung)

Der Präsident und der Generalsekretär des Kongresses nahmen am 4. Juni 2015 an einer Parlamentarischen Konferenz zur Umsetzung des Rechts auf freie Wahlen teil. Der Präsident betonte insbesondere die exzellente Zusammenarbeit in diesem Bereich zwischen dem Kongress, der Parlamentarischen Versammlung und dem Rat für demokratische Wahlen der Venedig-Kommission.

Die Europäische Woche der lokalen Demokratie (EWLD), die jedes Jahr um den 15. Oktober herum stattfindet und vom Kongress initiiert wird, war einer verstärkten Kooperation mit dem Europa-Preis

der Parlamentarischen Versammlung gewidmet. Diese Kooperation hat der EWLD neue Partner beschert. Der Präsident des Kongresses unterstrich während einer Zeremonie zur Feier des 60. Jahrestages des Europa-Preises in Straßburg am 22. Juni 2015 die enge Beziehung zwischen der EWLD und dem Europa-Preis. (siehe EWLD unter VI. Themenbezogene Tätigkeit)

12 Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung nahmen an der Beobachtungsmission der Kommunalwahlen in der Ukraine teil, die vom Kongress am 25. Oktober 2015 durchgeführt wurde. (siehe Kongress-Aktivitäten in der Ukraine unter II. Agenda)

C. MENSCHENRECHTSKOMMISSAR

Der Menschenrechtskommissar fördert die Arbeit des Kongresses im Hinblick auf die Umsetzung der Menschenrechte auf lokaler Ebene und die diesbezügliche Aufklärung lokaler und regionaler Stellen.

Nils Muižnieks nahm am Internationalen Forum für Menschenrechte teil, das vom Kongress mit organisiert und am 29. Mai 2015 in Graz abgehalten wurde. Er erinnerte daran, dass die Gemeinden und Regionen, als Anbieter öffentlicher Dienste auf der den Bürgern am nächsten stehenden Ebene, sich bewusst sein sollten, dass sie nicht nur die einzigartige Chance haben, die Menschenrechte zu respektieren, sondern auch umzusetzen. Er erklärte abschließend, die Zusammenarbeit zwischen der zentralen Ebene und den subnationalen Ebenen werde auch weiterhin ein wesentlicher Aspekt der in den Staaten durchgeführten Besuche sein.

D. EUROPÄISCHE KOMMISSION FÜR DEMOKRATIE DURCH RECHT

Der Kongress unterhält eine enge und hervorragende Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission, insbesondere in den Bereichen Wahlbeobachtung und Monitoring der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und der Kooperationsprogramme für Nachbarregionen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Venedig-Kommission, der Parlamentarischen Versammlung und dem Kongress bei Wahlangelegenheiten findet vorwiegend über den Rat für demokratische Wahlen (CDE) statt. Die institutionellen Vertreter des Kongresses im CDE sind Jos Wienen (Niederlande, EPP/CCE) und Stewart Dickson (Vereinigtes Königreich, ILDG), Jos Wienen ist gegenwärtig Vorsitzender des CDE. Der Präsident des Monitoring-Ausschusses Philippe Receveur (Schweiz, EPP/CCE) ist der institutionelle Vertreter des Kongresses bei der Plenarsitzung der Venedig-Kommission.

Der Kongress hat des Weiteren seine Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission bei Fragen der lokalen und regionalen Demokratie verstärkt. Darüber hinaus werden seine Stellungnahmen auch von den Kongressberichterstatern bei ihren Besuchen und in den Empfehlungen des Kongresses berücksichtigt. Der Kongress und die Venedig-Kommission arbeiteten z. B. eng zusammen an der Gebietsreform der Ukraine, und im Speziellen an der Überarbeitung des Kapitels über kommunale Selbstverwaltung in der ukrainischen Verfassung. Ein weiteres Beispiel der Kooperation ist der Bericht des Kongresses über Wähler, die *de facto* im Ausland leben, der im Zusammenhang mit dem Rat für demokratische Wahlen im Hinblick auf nationale Wahlen aufgenommen wurde.

VII. EXTERNE KOOPERATION UND PARTNERSCHAFTEN

24. Der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union

Der Kongress hat seine Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen der Europäischen Union fortgesetzt.

Die Vizepräsidentin des Kongresses, Nataliya Romanova (Ukraine, ILDG) präsentierte auf der 3. Jahressitzung der Konferenz der Regionen und Gemeinden für die östliche Partnerschaft, die am 23. April 2015 in Brüssel stattfand, die Initiativen des Kongresses/Europarats innerhalb des Kooperationsrahmens von EU/CoE für die östliche Partnerschaft (2015-2017). Am 24. April 2015

nahm der Exekutivsekretär der Kammer der Regionen an der Sitzung der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX) des AdR teil.

Am 18. September 2015 wandte sich Nataliya Romanova an das Präsidium von CORLEAP in Jerewan (Armenien) und trug so zur Fassung des CORLEAP Aktionsplans 2016-2017 bei.

Am 16. November 2015 nahm der Generalsekretär des Kongresses am Treffen der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX) teil, das in Brüssel stattfand, und traf auch den Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, Jiří Buriánek, für ein bilaterales Treffen mit dem Ziel, aktuelle Themen zu diskutieren und das anstehende jährliche „Zweier“-Treffen zwischen den Präsidenten des Kongresses und des CoR vorzubereiten. Er nahm außerdem an der Anhörung „Enlargement Day“ teil, die am 16. November von der CIVEX-Kommission organisiert wurde.

Durch ihre jeweiligen Beschlüsse vom 23. März 2015 und 7. Juli 2015 beschlossen das Präsidium des Kongresses und der CoR, eine effektivere Zusammensetzung der Kontaktgruppe Kongress/CoR zu erreichen: die Gruppe wird sich aus dem Präsidenten des Kongresses und den Präsidenten seiner beiden Kammern (die den Kongress vertreten) und aus dem Präsidenten, dem 1. Vizepräsidenten und dem Vorsitzenden der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen zusammensetzen (die den Ausschuss der Regionen vertreten). Das erste Treffen dieser neuen hochrangigen Kontaktgruppe findet Anfang 2016 statt.

Europäische Verbände der Gemeinden und Regionen

Der Kongress hat seine Zusammenarbeit mit den wichtigsten Verbänden und Organisationen, die die Regionen und Städte Europas vertreten, fortgeführt, insbesondere mit der Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente (CALRE), der Versammlung der Regionen Europas (AER) und der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AEBR).

25. Am 26. Juni 2015 nahm Anders Knappe an der Debatte „Für eine neue europäische Nachbarschaftspolitik – Chancen für Gemeinden und Regionen der Staaten der östlichen Partnerschaft“ im Rahmen des Treffens des Vorstands des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR) in München teil. Er erinnerte daran, dass der Kongress in den Mitgliedstaaten des Europarats aktiv ist, die der EU-„Nachbarschaftspolitik“ angehören, u.a. die Staaten der Östlichen Partnerschaft. Diesbezüglich hat der Kongress im Rahmen des Programmatischen Kooperationsrahmens der Östlichen Partnerschaft von EU-CoE (PCF) für 2015-2017 für Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, die Ukraine und Weißrussland das Projekt „Stärkung des institutionellen Rahmens für die lokale Governance“ entwickelt.

In Bezug auf die Kooperation mit der AER nahm der Generalsekretär des Kongresses am 21.-23. April 2015 in Straßburg an einem Treffen des AER-Präsidiums teil, und der Exekutivsekretär der Kammer der Regionen des Kongresses trug zum Forum für Chancengleichheit bei.

Der Kongress nahm vom 10.-12. Juni 2015 in Göteborg Västra Götaland (Schweden) an der Generalversammlung an der Feier zum 30. Jahrestag der AER teil. Der Kongress wurde von der Präsidentin der Kammer der Regionen, Gudrun Mosler-Törnström, und vom Generalsekretär vertreten.

Am 9. Juli 2015 trug der Präsident der Kammer der Regionen zum Ständigen Ausschuss der Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente (CALRE) in Brüssel (Belgien) bei, und Clemens Lammerskitten (Deutschland, EPP/CE), Vizepräsident des Kongresses, nahm an deren Vollversammlung und am „Weltforum der Regional- und subnationalen gesetzgebenden Versammlungen“ teil, das in Mailand (Italien) vom 22.-24. Oktober 2015 stattfand.

Bezüglich der Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AEBR) hat der Kongress zusammen mit diesem Verband am 13. November 2015 in Brüssel (Belgien) die Konferenz zum Thema „Die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa“ ausgerichtet, auf der er über seine Berichterstatter und Berichte die Erfahrungen des Kongresses mit der interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit präsentiert hat.

Netzwerke

In Bezug auf den Europäischen Verband der lokalen Demokratie (ALDA) hat der Kongress an dessen Generalversammlung und an dessen Vorstand mitgewirkt, sowie an der Konferenz zum Thema „Kapitalisierung und Neustart“ und der Feier zu seinem 15. Jahrestag, die vom 6.-9. Mai 2015 in Podgorica (Montenegro) abgehalten wurde. Der Kongress wurde durch Barbara Toce (Italien, SOC), Vizepräsidentin des Kongresses vertreten.

Der Kongress trug am 18. Mai 2015 zum Start der Lokalen Demokratieagentur in Dnipropetrovsk (Ukraine) bei. Er wurde von Natalia Romanova vertreten.

Die Präsidentin der Kammer der Regionen, Gudrun Mosler-Törnström, vertrat ebenfalls den Kongress beim Europäischen Kongress der kommunalen Regierungen, der vom Institut für Oststudien am 4.-5. Mai 2015 in Krakau (Polen) stattfand.

Der Präsident der Kammer der Gemeinden, Anders Knappe, vertrat den Kongress bei der „Hochrangigen Konferenz über Migranten und Städte“, die vom 26.-27. Oktober 2015 in Genf stattfand und von der International Organisation for Migration organisiert wurde. Er moderierte Sitzung II: Die erfolgreiche Integration von Migranten: Anerkennung der wichtigen Rolle der Gemeinden.

Am 18. November 2015 vertrat in Graz (Österreich) Sherma Batson (Vereinigtes Königreich, SOC) den Präsidenten des Kongresses bei der Einführungszeremonie des Europäischen Jugendpreises, die unter der Schirmherrschaft der UNESCO und UNIDO und des Generalsekretärs des Europarats stattfand.

VIII. KOOPERATIONSPROGRAMME UND AKTIONSPÄNE

2015 gab es einen erheblichen Anstieg der Kooperationsaktivitäten des Kongresssekretariats, zusätzlich zu seinen statutarischen Aktivitäten. Das Ziel lautet, eine Reihe von Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der vom Kongress verabschiedeten Empfehlungen zu unterstützen, um pragmatisch auf die im Rahmen des Monitoring und des Post-Monitoring sowie der Wahlbeobachtungen identifizierten Probleme zu reagieren. Der Rahmen für die Kooperationstätigkeit ist in den im Juni 2015 angenommenen Richtlinien „Optimierung des Einflusses der Kongress-Empfehlungen - Richtlinien für die Kooperationstätigkeit in den Mitgliedstaaten des Europarats“ festgelegt.

Albanien

Es werden in Albanien Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Projekt „Stärkung der lokalen Regierung und Kooperation zwischen kommunal und regional gewählten Amtsträgern“ durchgeführt, das eine Wirkungslinie enthält, die bis Juni 2017 vom Kongress umgesetzt werden soll. Ziel dieser Wirkungslinie ist die Schaffung einer einheitlichen Plattform für den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den kommunal und regional gewählten Amtsträgern.

2015 haben die vier Nationalverbände vier Regionaltreffen und eine nationale Konferenz abgehalten. Ein gemeinsam angenommener Abschlussbericht mit dem Titel *Informationen zu den Ansichten der albanischen Gemeindeverbände zu einem neuen Gesetz über die Organisation und die Arbeitsweise der Gemeinden* wurde dem Ministerium für kommunale Angelegenheiten zur Information und Nachbereitung vorgelegt.

Als Reaktion auf die Bitte der albanischen Regierung an den Kongress, bei der Einrichtung eines Beratungsgremiums für die Einbeziehung der Gemeinden und Regionen an politischen Entscheidungen zu helfen, die die Dezentralisierung und kommunale Governance betreffen, nahm das albanische Parlament am 2. April 2015 eine Änderung in Bezug auf die Gründung eines solchen Gremiums an.

Eine Studie über die „Stärkung der Rolle der Gemeinden und von deren Verbänden in Albanien“ wurde 2015 durchgeführt und anschließend mit den albanischen Bürgermeistern mit dem Ziel diskutiert, zur tatsächlichen Gründung des Beratungsgremiums beizutragen. Diese Studie wurde auf einer am 30. Oktober 2015 stattfindenden nationalen Konferenz, die in Partnerschaft mit dem Ministerium für kommunale Angelegenheiten und den internationalen Institutionen, die im Bereich

kommunale Demokratie in Albanien tätig sind, ausgerichtet wurde, vorgestellt. An der Konferenz nahmen 61 albanische Bürgermeister teil, die nach der Neustrukturierung der Gemeinden und Regionen gewählt worden waren. Bei dieser Gelegenheit betonte Anders Knappe, Vizepräsident des Kongresses, dass die Reform, um erfolgreich zu sein, eine Übergabe aller Zuständigkeiten und einen Transfer entsprechender Finanzmittel erfordere. Der albanische Premierminister Edi Rama unterstrich die Bedeutung der Konsultation für eine ordnungsgemäße Entwicklung der lokalen und regionalen Demokratie. In diesem Zusammenhang wurde vom 24.-26. November 2015 ein Studienbesuch in Riga für eine Delegation von albanischen kommunal gewählten Amtsträgern in enger Zusammenarbeit mit dem lettischen Verband der Gemeinden und Regionen organisiert, um die Konsultationspraktiken der Verbände zu beobachten und deren allgemeine Abläufe zu untersuchen.

Schließlich organisierten der Kongress und die albanische Regierung am 29. Oktober 2015 gemeinsam eine Feier zum Begehen des 30. Jahrestags der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, in Anwesenheit von Anders Knappe, Präsident der Kammer der Gemeinden, und Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses. Es war gleichzeitig der 20. Jahrestag des Beitritts von Albanien zum Europarat und der 15. Jahrestag der Ratifikation der Charta durch Albanien.

Armenien

Am 16. September 2015 nahm das Ministerkomitee des Europarats einen neuen Aktionsplan für Armenien 2015-2018 an, der zwei Projekte einschließt, die die Unterstützung der lokalen Demokratie in Armenien zum Ziel haben und die bereits unter dem Aktionsplan 2012-2014 begonnen wurden.

Im Zusammenhang mit dem Projekt Armenien 1 „Hilfe bei der Konsolidierung der lokalen Demokratie in Armenien“, finanziert von der dänischen Regierung, war der Kongress zuständig für die Stärkung der Führungskompetenzen lokal gewählter Amtsträger. Diese Wirkungslinie lief am 30. September 2015 ab.

Es war das Ziel der Aktivitäten des Kongresses, die Führungskompetenzen der lokal gewählten Amtsträger zu stärken und auf diesem Wege die kommunale politische Regierungsführung in Armenien zu verbessern, um Vertrauen in die kommunalen Stellen zu wecken und die kommunale Selbstverwaltungsreform aktiv zu unterstützen.

Vier Gemeinden (Urtsadzor, Vardenik, Akhtala und Artik), die aus der Gruppe der Bürgermeister ausgewählt wurden, die zuvor an 6 Workshops im Rahmen des Programms für Führungsausbildung teilgenommen hatten, erhielten Beihilfen und Unterstützung durch lokale und internationale Experten bei der Umsetzung ihrer Initiativen zur Bürgerpartizipation. Eine Dokumentation zu diesen Initiativen steht auf YouTube zur Verfügung¹.

Eine Reihe dezentraler themenbezogener Seminare, die im Juli 2015 abgehalten wurden, gaben den Bürgermeistern dieser vier Gemeinden die Gelegenheit, ihre Projekte 150 anderen Bürgermeistern und Gemeinderäten vorzustellen, die positiven Auswirkungen dieser Initiativen zu erörtern und einen Meinungsaustausch über die Prinzipien und über gute Praxisbeispiele der Bürgerpartizipation durchzuführen.

Die Bestandsaufnahme-Konferenz, die am 28. September 2015 stattfand, gab den an den Projektaktivitäten beteiligten Bürgermeistern die Gelegenheit, ihre Erfahrungen darzulegen und diese zu erörtern, bei gleichzeitiger Betonung der praktischen Veränderungen, die in ihren jeweiligen Stellen stattfanden.

Der Kongress, mit Unterstützung der armenischen Stellen, schlug ein neues Projekt in Zusammenhang mit dem neuen Aktionsplan des Europarats vor. Er wird Spendern vorgelegt, die Interesse haben, sich an der Finanzierung des Aktionsplans zu beteiligen.

Das Ziel des Projekts Armenien 2: „Institutionelle Unterstützung der Gemeindeverbände in Armenien“, das am 18. und 19. Februar 2015 in Jerewan bei einem Workshop über die Rolle der Gemeindeverbände gestartet wurde, ist die Stärkung der organisatorischen Kapazitäten der Gemeindeverbände in Armenien, damit sie wichtige Akteure des Governance-Systems in Armenien

¹ Siehe: https://www.youtube.com/watch?v=S9B_QN7LBC0

werden. Es wird von der schweizerischen Regierung in Verbindung mit dem Programm „Verbesserung des Systems der lokalen Governance“ finanziert und schweizerischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DDC) koordiniert.

Der Kongress widmete seine Unterstützung zunächst der statutarischen Tätigkeit des Verbandes, insbesondere der Sitzung des Republikanischen Rates am 17. Juli 2015. Die Mitglieder des Verbandes nahmen im Vorfeld an einer Bewertung der institutionellen Kapazitäten des Verbandes teil, die seit Juni 2015 von einer Gruppe unabhängiger Berater durchgeführt wird. Die vorläufigen Ergebnisse und Empfehlungen wurden mit dem Vorstand des Verbandes, dem Ministerium für Gebietsverwaltung und Notsituationen und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit am 29. September 2015 in Jerewan diskutiert. Zwei Workshops, am 8. und 9. Oktober 2015, boten die Gelegenheit, diese Empfehlungen zu diskutieren und zukünftige Maßnahmen zu skizzieren. Der Bericht wurde auf Grundlage der im Rahmen des Konsultationsprozesses gesammelten Beiträge abgeschlossen und Anfang November den Partnern zugeschickt.

Die grundlegende Entwicklungsstrategie des Verbandes wird momentan ausgearbeitet, und am 20. November haben die Mitglieder der Projektarbeitsgruppe den Entwurf des Aktionsplans für die weitere Ausarbeitung geprüft, und er wird am 10. Dezember dem Vorstand des Verbandes zu Genehmigung vorgelegt.

Ukraine

Siehe die Kongress-Aktivitäten in der Ukraine unter I. Agenda

EU/CoE Kooperationsrahmen für die Östliche Partnerschaft (2015-2017)

Seit Januar 2015, und für die Dauer von drei Jahren, setzen der Kongress und das Fachzentrum für die Reform der kommunalen Demokratie des Europarats gemeinsam das Programm „Stärkung des institutionellen Rahmens für die lokale Governance“ mit EU-Geldern um.

Die Aktivitäten des Kongresses, sowohl in einem regionalen Rahmen als auch auf bilateraler Ebene, zielen auf die Unterstützung des Reformprozesses der lokalen Verwaltung in den teilnehmenden Staaten und auf die Förderung einer transparenten und ethischen lokalen Governance in der Region ab.

Eine Studie über die Rolle und Zuständigkeiten kommunal gewählter Amtsträger in den sechs Staaten der Östlichen Partnerschaft wurde mit Unterstützung von Experten aus jedem Land der Partnerschaft und von Mitgliedern der Gruppe unabhängiger Experten für die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung durchgeführt. Die anfänglichen Ergebnisse wurden auf der Konferenz zum Start des Programms, die am 10. und 11. Juli 2015 in Tiflis, Georgien, stattfand, vorgestellt und diskutiert. Die Nationalverbände der kommunal gewählten Amtsträger und nationalen Stellen werden gegenwärtig konsultiert.

Workshops zum Thema „Bürgermeister - Führungskräfte für den Wandel“ wurden in der Republik Moldau (5.-7. Oktober 2015), in Georgien (24.-26. November 2015) und in Armenien (7.-9. Dezember 2015) für Bürgermeister ausgerichtet, die nach einem Aufruf für nationale Kandidaten ausgewählt worden waren. Der Zweck dieser Workshops ist der Vorschlag einer Gründung einer Plattform für den Austausch guter Praktiken in der lokalen Demokratie, insbesondere die Reformen, die in ihren Staaten stattfinden, die Rolle und Zuständigkeiten der lokal gewählten Amtsträger, die Bürgerpartizipation und die Ethik in der Politik und öffentliche Entscheidungsprozesse.

Die Studie und die Leadership-Workshops dienen als Grundlage für zukünftige Aktivitäten des Projekts, die eine Unterstützung lokaler Initiativen zur Förderung der Ethik und der Bürgerpartizipation in den ordnungsgemäß ausgewählten Gemeinden einschließen. Die im Netzwerk geleistete Arbeit und die Überprüfung der Ergebnisse durch Kollegen werden die Schlüsselmerkmale der angewandten Methoden sein und dazu beitragen, die Ergebnisse in der Region zu verbreiten.

APPENDICES

Appendix 1: Post-monitoring Ukraine – Roadmap

Kyiv, 20 May 2015 – Roadmap adopted following the meetings held in Kyiv at the Ministry of Regional Development, responsible for implementing the decentralisation reform

I. General considerations

The Congress issued a first report on the state of local and regional democracy in Ukraine in 2001, followed by a second in 2013. This last report underlined the slow progress made by the country between 2001 and 2013 in matters of local and regional democracy.

The 2013 report called on the Ukrainian authorities to implement genuine decentralisation within the country, in particular through a clear allocation of competences and administrative activities between government departments and local authorities, to reinforce local authorities' financial autonomy, to put in place a fair and transparent equalisation system and for the organisation of elections in the cities where the office of mayor was vacant.

Since the Congress adopted this report and the recommendations, in October 2013, a great deal has happened in Ukraine:

The dramatic events on the Maidan square brought about a regime change. The country's territorial integrity was undermined by the Russian Federation's annexation of Crimea and Sebastopol. War broke out in the Donbas region. On 25 May 2014 a new President was elected. The same day elections were held to elect mayors in the cities where the office was vacant. Lastly, democratic parliamentary elections were held in October 2014, resulting in a significant renewal of the membership of the Verkhovna Rada.

The new Ukrainian authorities announced their wish to institute a political dialogue with the Congress with a view to the rapid implementation of Recommendation 348 (2013) on local and regional democracy in Ukraine, pursuant to Resolution 353 (2013) REV on "Congress post-monitoring and post-observation of elections: developing political dialogue".

A post-monitoring programme (PMP) was drawn up in partnership with the authorities, including three post-monitoring units (PMUs) based on the principal recommendations made to the authorities (REC 348 (2013)) following the visits in 2012 and 2013:

1. Paragraph 7d on the transfer of competences
2. Paragraph 7c on financial autonomy
3. Paragraph 7a on the merger of local government units and inter-municipal co-operation.

The rapporteur and the members of the delegation also took into account the Venice Commission's Opinion No.766/2014, which incorporated to a large extent the Congress's opinion of 11 July 2014 on the proposed amendments to the Constitution.

They expressed the desire to **ensure their work remains perfectly in line with the Council of Europe's action in respect of Ukraine, while implementing a Post-Monitoring Programme. The programme units (PMUs)** are aimed at drawing up, in agreement with the government and in co-operation with the other parties concerned, **a roadmap with a specific time-table**, for implementing the Congress recommendations.

PMU 1 consisted of sessions held in Kyiv on 11 and 12 December and resulted in an initial interim roadmap, which was submitted to the authorities on 18 December 2014. PMUs 2 and 3 were the subject of a full-day meeting held on 12 March 2015.

The rapporteur underlines that between the monitoring visits (2012 and 2013) and the three PMUs (2015) the political situation changed considerably and in dramatic ways making it all the more

remarkable that the Ukrainian authorities have been able to persist in their efforts to make the decentralisation of powers one of the principal objectives of the implementation of a new stage in the country's democratisation process.

The rapporteur would also draw attention to the fact that, between the PMU 1 meetings and the PMU 2 and 3 meetings, the governmental authorities showed a reinforced rather than a weaker determination, despite the growing threats and the continuing violence in the East of the country and near the border with Russia. This determination seemed to stem from a will to carry out far-reaching reforms in line with, but also ranging far beyond, the measures included in the so-called "Minsk II" agreements.

II. The stages in the post-monitoring dialogue

PMU 1 (10-12 December 2014)

The delegation first noted that none of the proposed amendments to the Constitution, which had been submitted to the Venice Commission for an opinion in July 2014 and concerning which the Congress had issued an official opinion on the decentralisation aspects, had as yet been submitted to the Verkhovna Rada. It informed its interlocutors that it deeply regretted this situation, since the tabling of the amendments would have been perceived as a very clear expression of the Ukrainian authorities' intention to pursue a far-reaching reform of territorial administrative structures, in accordance with the principles of the European Charter of Local Self-Government.

The Congress had moreover expressed a globally positive opinion on the preliminary draft amendments concerning decentralisation, as set out in its Opinion of 11 July, prepared under the aegis of the Congress's Monitoring Committee and incorporated in the Venice Commission's Opinion No. 766/2014.

The post-monitoring delegation also noted that:

- The parliamentary rules of procedure in force required the tabling of new draft legislation since the first draft submitted to the Venice Commission had not been adopted at first reading, and any constitutional amendment initiative could but originate from the President or from 150 members of parliament, with the government's role being confined to preparing or making proposals.
- Following the results of the most recent elections a new coalition had been formed in accordance with the constitutional provisions in force, and a very clear programme of action had been adopted on 21 November 2014. This "coalition agreement" included a Chapter VII on "Decentralisation and reform of public administration", which was particularly detailed. The document took into account not only the purely legislative aspects, but also their consequences in terms of territorial authorities' organisation, functioning and procedures. It also addressed the question of redeployment of the public services currently in the hands of central government and set a number of priority objectives regarding economic development and service provision to the population. The coalition's programme considerably expanded upon the Cabinet of Ministers' Directive 333-p of 1 April 2014 concerning "The concept of reform of local self-government and territorial organisation in Ukraine".
- The ministries concerned, and, first and foremost, the secretariats of the Cabinet of Ministers and the Ministry of Regional Development, had taken action to ensure that certain of the necessary legislative provisions which were not strictly dependent on the constitutional amendments could be submitted to parliament without delay. A law on co-operation between territorial communities had already been voted in June and had resulted in over 30 co-operation agreements by December.
- These positive steps were additional to those already taken in response to Recommendation 348 (2013) of 31 October 2013, such as the direct election of the mayor of Kyiv and the merger, under the mayor's authority, of the decentralised services and the former State-run services.

- Lastly, the delegation was able to see that a spirit of co-operation prevailed between the Prime Minister's office, the Ministry of Regional Development and the Ministry of Finance, which were at the heart of the reform process.

The delegation nonetheless raised a number of issues which required clarification:

- the maintenance of certain State ministerial services at the regional or district level;
- the role of the President's representative in the regions, as highlighted in the Venice Commission's opinion. This issue does not seem to have been settled, and the government departments do not seem to have arrived at any definitive position;
- the nature, form and extent of supervision of the decentralised authorities' activities;
- the form that could be taken by the executive bodies of the regions and districts. Under the current provisions of Article 141 of the Constitution, these executives may not be elected separately from the councils;
- the distribution of powers and responsibilities remained a subject of debate, although it seemed clear that, in accordance with the principles of subsidiarity and proximity that typify the organisation of local self-government bodies, priority would be given to the minimum services essential for the population (utilities networks, administrative formalities, spatial planning). This would make it possible to avoid the complete elimination of the notion of the village, which could prove useful in a country with a low population density.

Lastly, it should be noted that:

The delegation's meetings took place in the presence of the representatives of the main national associations of local authorities, which had come together in a "congress" and were determined to influence the legislation under preparation while also seeking means of support to enable them to play an effective role in the implementation of the reforms. The discussions with the representatives of these associations and the meetings with the newly elected mayors also enabled the delegation to gain an awareness of the conditions and difficulties under which the emerging local self-government bodies operated on a daily basis, in particular in the country's rural areas. It was able to see that the management approach of the local teams in place had given rise to the development of financial and non-financial practices which were incompatible with the requirements of transparency and equity of public management.

PMUs 2 and 3 (12 March 2015)

The further meetings held in Kyiv under the aegis of the Ministry of Regional Development made it possible to take stock of the trends in the political climate and the Ukrainian authorities' determination to pursue their decentralisation efforts. These efforts are naturally now being made in the light of the Minsk II recommendations, but it was clear that the basic will to implement a general decentralisation movement had become all the stronger as the difficulties posed by the military and economic contexts had increased.

The visit also took place against the background of the establishment, on 3 March 2015 by President Poroshenko, of a Constitutional Commission, with the objective of preparing amendments to the Constitution currently in force. Proposals concerning the Commission's members had to be made by 12 March, the very day when the delegation arrived in Ukraine, and it was generally acknowledged that the Speaker of Parliament, Mr Volodymyr Groysman, would agree to head this group of experts. The rapporteur considered this latter decision as positive for the cause of local self-government, since at the time of the monitoring visit he had already had a meeting with Mr Groysman, then Minister for Regional Development, who had shown himself to be a firm proponent of decentralisation.

It was also abundantly clear that, subject to the specific provisions to be proposed for certain eastern areas of the country, this part of the constitutional reform was one of the most consensual and, if it had been brought before the parliament, it would in all likelihood have obtained the necessary majority.

The government authorities appeared fully aware of this situation and, certainly with a view to consolidating the momentum, at the post-monitoring meeting of 12 March Deputy Minister Nehoda invited the Congress to participate in the work of the Constitutional Commission and to designate an expert.

Despite the political will mentioned above, this work may delay the entry into force of provisions which are essential for the implementation of a decentralisation reform to the full extent desired. According to the information given to the delegation, a preliminary draft document could be submitted to parliament in June before being referred to the Constitutional Court, as required by the Constitution.

A constitutional revision is still needed to give tangible form to the wide-ranging reform of local and regional self-government to which the Ukraine authorities aspire. The process that has been initiated, in accordance with the constitutional rules, should permit the adoption of this reform in September 2015, which is moreover in line with the Minsk II timeframe.

The resulting decentralisation, in conformity with the principle of subsidiarity, will have many positive consequences in terms of public administration, service provision to citizens and Ukraine's economic development.

It would be welcome if the new Constitution permitted the future amendment of the competences of the oblasts in general, or of certain oblasts in particular, through the passing of a special law, adopted by a two-thirds majority of parliament. This would make it possible to transfer to certain oblasts, where appropriate, competences compatible with the country's territorial integrity, while maintaining at central government level the essential competences of a sovereign State.

Despite the current constraints, the delegation was able to make good progress with items II and III on the agenda:

Concerning **item II (financial autonomy)** the delegation took note of the very considerable progress that has already been achieved through the adoption of a new Budget Code and it was given a presentation on its basic structure.

The principle of equivalence of financial resources transferred and competences delegated by central government seems accepted. Conversely, a further basic clarification effort is recommended, so as to make a clear distinction between "own" competences, those definitively transferred to the various tiers of local self-government, and "delegated" competences, which are competences vested in central government or certain local or regional government bodies but which can be exercised, under the terms of an agreement, by another authority than that to which they are allocated.

The key point is the introduction of a comprehensive system which would, in anticipation, correspond to the wording of the proposed constitutional amendments on local financial autonomy.

This includes both a very high level of fiscal decentralisation, in particular in favour of the municipalities, at least at the level of the capitals of the oblasts or districts, or of the future amalgamated territorial authorities, a liberalisation of borrowing conditions, the introduction of an ambitious system of "horizontal" equalisation based on personal income tax revenue (with only 25% of such tax revenue being retained by central government) and a system of State grants, intended to be distributed according to objective criteria in three essential fields: education, health care and vocational training.

The new decentralised tax system includes corporation tax, an environmental tax, excise duties and the land tax.

There are therefore the beginnings of a sound financial base, guaranteeing, at least in a context of growth in territorial authorities' economic activities, a degree of stability of their resources from one year to the next. However, guaranteeing that State grants will remain at the previous year's level is not enough to ensure the full attainment of this goal, since the decision largely depends on the resources available in the national budget, and the link between local authorities' own resources and economic development is another source of uncertainty. It is accordingly all the more necessary to

maintain some local taxes, as provided for in the new draft legislation, so as to guarantee the stability and continuity of own resources in local budgets.

The delegation also echoes the concerns of the small local authorities, which fear that the new system of own resources will be somewhat unfavourable to them.

This important reform of local government resources goes hand in hand with a simplification of the budgeting process, with increasing levels of responsibility and accountability according to the size of the municipalities. As a result the regional or district capitals and the so-called municipalities with oblast or district status could enjoy "direct inter-budgetary relations" with the Ministry of Finance during this process.

This financial component cannot really be dissociated from the separately pursued policy to promote voluntary mergers of municipalities, which can benefit from financial advantages for five years and, in a way, undergo a "change of category" by in turn becoming municipalities with oblast or district status and thus have access to the new "direct relations" recently introduced for the preparation and adoption of the 2015 budgets.

2015 will therefore be a key year of experimentation and transition.

The financial reform is also inseparable from another reform adopted in early February, that of State regional policy. The success of this reform is clearly staked on the revitalisation of urban "poles" or agglomerations with sufficient critical mass to support economic development initiatives.

The decentralisation policy can therefore quite clearly be seen to be more than a mere institutional reform and is being used as a "lever" to foster more harmonious local and regional development and civil society participation, particularly by economic operators.

The delegation thus felt that it was faced with a relatively complete, audacious development project, entailing far-reaching reforms and above all a change of mentalities.

Regarding **item III (mergers of municipalities)**, which calls for a degree of tact since the aim is to simplify and strengthen the local institutional landscape, the delegation took note of a new law on mergers passed on 5 February. Alongside the 27 *oblasts* or regions which continue to exist, and which were listed in the Constitution according to the first amendments transmitted, only about 150 districts (or *raions*) would remain instead of the 490 at present, and roughly 1500 municipalities instead of 458 town councils, 783 village councils and 10 279 communities. Article 24-1 of the Budget Code in force since January 2015 completes the provisions on the regional development fund offering additional resources for the support of economic development projects, which should further convince municipalities that are reluctant to envisage mergers or co-operation. The new legislation also includes measures aimed at sparing the sensitivities of the smallest local authorities and maintaining a fine coverage of the territory through the creation of authorities with "*starostat* " status.

Lastly, concerning the **structures and the conditions for their administrative functioning**, it was confirmed to the delegation that the Ukraine authorities henceforth wish to draw a clear distinction between supervisory powers and powers to determine and implement decentralised policies. Similarly, there should be a sharper distinction between the political responsibilities vested in the elected representatives alone and the execution and support responsibilities assumed by the administration. In this connection, draft common statutes are being drawn up for both State and local public employees so as to facilitate, in particular, the mass transfers of competences which decentralisation should entail, notably at the levels of the regions and districts.

In conclusion, the departments concerned seem to be well-prepared and to have used the three months between the delegation's two visits to bring about **a maturation and further development of the reform's objectives with, it should be highlighted, an educational approach on the ground during the implementation of the new budgetary procedures, and constant involvement of the associations of elected representatives.**

Elected representatives were present throughout the delegation's discussions and played an active role in them. Some even considered that "more had been done for local self-government in 18 months than over the previous 23 years".

Overall, 50 bills are in the process of being drafted and nearly 70% of them are said to be already completed, pending the adoption of the amendments to the Constitution.

III. Post-monitoring recommendations

1. It would seem a matter of priority, in order to both consolidate the political will expressed through the amendments to the Constitution and assure the local authorities' representatives that the reform process constitutes a reliable working environment, to insist that **the constitutional amendments relating to the decentralisation process should be resubmitted to Parliament at the very earliest opportunity**, since the Congress delegation did not have the impression, notably in the light of the coalition's programme, that there was any intention to call into question the content of these amendments. This should be clearly confirmed by the President of the Republic and the *Verkhovna Rada*, who alone are able to give a tangible impetus to the reform.

2. Before the first post-monitoring unit was held in December 2014, discussions were taking place in Ukraine as to the **advisability of bringing forward the date of the local elections** which, under the Constitution, are to be held in October 2015. The Congress delegation gave **no encouragements to do so** (as the nine months remaining before the normal date will be scarcely sufficient to implement the minimum absolutely essential reforms). A specific question could nonetheless arise concerning the mayors elected on 25 May 2014 (along with only one council, that of the city of Kyiv), who will have served only 16 months in office, which is not long enough to implement any policy in an effective manner, especially not at a time of great changes).

Following the creation of the Constitutional Commission, which will be formed and ready to begin its work by the end of March 2015, the time-table for adopting the constitutional amendments will be delayed. This time-table is in principle scarcely compatible with the proper preparation of the local elections scheduled for 25 October 2015, and the date of these elections must be set 60 days before polling day (that is to say during the last week of August 2015).

In common with the Ukrainian authorities, the delegation is aware that there is no entirely satisfactory solution, since at the same time it deems it logical that the principal pieces of legislation, notably concerning the amalgamations, should begin to be implemented before the new representatives are elected. However, in view of the urgent need to give a decisive impetus to the country, it is important that new local senior officials, who are aware of what is at stake, should very rapidly be able to take up their new responsibilities and, through their dynamic approach, offset the rigidities and bureaucracy inherited from the former Soviet Union.

Since postponing the elections requires the adoption of a constitutional legislative instrument, it would perhaps be appropriate to consider whether the separate adoption of the decentralisation part of the reform could not be envisaged by the new commission set up by the President of the Republic.

3. **Forward planning is necessary to develop a clear vision of the relations between the elected representatives, who must be fully accountable, and the new State administrations, which must not interfere with their management, in addition to the new decentralised administrations, which must clearly be placed under them.** To this end, a revision of their role and status should be included in the government's programme.

IV. Priorities to be addressed

- The electoral law, including the organisation of relations between the organs of local self-government (directly elected mayors for the municipalities, executive bodies for the municipal, district and regional councils) so as to reduce the scope for potential conflicts, ensure the future elected representatives' visibility and place them in a position to "demand" the necessary transfers in both legal and financial terms;

- The law on the State's representative at local level and the outlines of the future "supervision". This law can but result in a provisional system, aimed at preventing any attempts at flagrant legal violations (notably with regard to the question of secession) but taking care to leave the new territorial authorities a minimum degree of own initiative, since it is essential that confidence be placed in them if a satisfactory equilibrium is to be achieved in view of the specificities of the different territorial units;
- This confidence and experimentation should constitute the cornerstones of the future draft text on competences. It cannot be finalised immediately and will therefore need to be revised and doubtless supplemented, for example on the occasion of an annual meeting. At the same time, regardless of the pace at which competences are transferred, it seems necessary, to prevent any ambiguity, that preference be given to the transfer of own competences rather than delegated competences (since the exercise of such competences may indeed be delegated under certain conditions, but they remain attributed to the delegating authority – principally the State but also any autonomous territorial units larger in size than the municipalities.

V. The conditions for success

- There must be no underestimating the extent of the task, nor the **real "revolution" of structures and mentalities that it entails**. It would seem preferable to put in place a specific centralised steering body so that the ministries concerned can have at their disposal an additional capacity for action and so as to permit effective co-ordination.
- The introduction of a genuine, **permanent consultation system with the representatives of the national associations of elected representatives** so that the series of reforms can go be accompanied by a positive dynamicon the ground. To facilitate this, special attention must be paid to the conditions in which the mergers of territorial units take place, even when they are voluntary, so as to maintain local service provision.
- **The issue of training and mobility incentives for staff**, to ensure that the necessary transfers of skills take place as quickly as possible. The prompt development of competent local public services, committed to serving the population's needs, is vital to guarantee the success of the proposed reforms. An important aspect of the establishment of the new administrations will be to ensure that the necessary measures are taken in parallel so as to guarantee the probity and neutrality of the new public management.

Appendix 2: Joint Declaration by the Polish and Ukrainian Delegations Representatives to the Congress

Meeting in Warsaw (Poland) on 16 September 2015 to exchange political views, the Ukrainian and Polish delegations to the Congress declared that they:

- “sharing the values of the proper working of local democracy and the necessary decentralisation of powers;
- developing their co-operation in order to improve the situation of local and regional democracy in their respective countries, drawing inspiration from their own good practices”.

Furthermore, based on the two countries’ shared history, the delegations declared their mutual solidarity and support for the sound management of their territories based on the European Charter of

Local Self-Government and good practices in decentralisation, with due respect for the States’ territorial integrity and sovereignty.

Appendix 3: Declaration by the Monitoring Committee of the Congress on the situation of local democracy and human rights in Azerbaijan

Warsaw, Poland, 18 September 2015

The Monitoring Committee of the Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe, meeting in Warsaw on 17 September 2015, said that it was deeply concerned by the deterioration of local democracy in Azerbaijan, the detention of its partners and the difficulties in functioning experienced by the alliance for municipal development (BINA), and more generally, by the situation of human rights at local level.

The Committee referred to its Recommendation (326)2012 on local and regional democracy in Azerbaijan, which the Committee of Ministers of the Council of Europe forwarded to the authorities but has remained a dead letter since it was adopted. It also condemns the arrest and sentencing of its main partners in Azerbaijan, including Ilgar Mamadov, Director of the School of Political Studies in Baku, who is still being held in detention despite the judgment of the European Court of Human Rights, and Leyla and Arif Yunus, who were recently given an eight-year prison sentence. It also regrets that BINA, its main partner in the field of local democracy, has been forced to give up its activities as a result of the blocking of its bank accounts.

The Congress Monitoring Committee,

asks the Azerbaijani authorities to reconsider the launching of a post-monitoring procedure as suggested in Recommendation (326)2012 with a view to establishing a political dialogue with the Congress based on the application of the European Charter of Local Self-Government ratified by Azerbaijan in 2002;

- invites the Azerbaijani authorities to co-operate with the Congress in keeping with the principles set out in Article 3 of the Statute of the Council of Europe, which Azerbaijan accepted when it became a member of the Council of Europe ;
- asks the Azerbaijani authorities to enable it once more to work with its close partners by releasing them and allowing local democracy NGOs to function normally;
- undertakes to regularly include this matter on the agenda of its meetings to ensure that the situation continues to be monitored;
- invite the members of the Azerbaijani delegation of the Monitoring Committee, to participate in a debate on the situation of Azerbaijan during the next meeting of the Committee.

Appendix 4: Guidelines for local and regional authorities on preventing radicalisation and manifestations of hate at the grassroots level

29th SESSION (20-22 October 2015)

CG/2015(29)5FINAL

22 October 2015

Current Affairs Committee

Rapporteur: Leen VERBEEK, Netherlands (R, SOC)

Summary

The report discusses the concept of radicalisation and explores the various approaches to tackling the problem such as repression, prevention and reintegration of radicalised individuals, with concrete examples from local and regional levels of government in Council of Europe member States. It engages with urban security and safety issues, recognising that security is part of fundamental rights, and underlines the necessity to balance the measures taken to combat radicalisation against the precepts of human rights, the rule of law and the aim to build inclusive and cohesive societies.

The report recommends that local and regional authorities design strategies to involve civil society in their work against radicalisation and extremism in all its manifestations, including hate speech, anti-Semitism and anti-Muslim sentiment and action. It also recommends that they communicate their strategies to the general public in a balanced and responsible way, with a particular emphasis on a cohesive discourse, exchange of good practice information, and that they support exit programs for individuals willing to leave extremism and allocate the necessary resources to combat radicalisation. Finally, it insists on the necessity to build alliances with credible partners and to aim for co-operation and co-ordination of their actions with the regional and, where appropriate, the national level.

RESOLUTION 384 (2015)²

1. The terrorist attacks in Paris and Copenhagen, involving armed jihadists and leaving a total of 14 people dead and 10 wounded, highlighted the need for cities to do more in order to effectively tackle extremism. These attacks have thrown the spotlight on the issues at stake: Growing radicalisation leading to violent extremism and sectarianism within cities, the risk of increased polarisation in society and stigmatisation of some communities, hate speech in the social media as well as the risk of censorship and self-censorship are all current dangers facing cities.

2. In its Resolution 381 (2015), adopted at its March 2015 session, the Congress committed itself to updating the relevant texts of the Congress which promote citizen participation, living together in diversity, social inclusion and cohesion, intercultural and interfaith dialogue, to establishing guidelines for local and regional authorities on preventing radicalisation and manifestations of hate at grass-roots level, and to creating a pedagogical toolkit for use by local elected representatives when organising intercultural and inter-faith activities.

3. Individuals can become radicalised for a multitude of reasons, such as a lack of integration into society, political disengagement or exposure to extremist individuals, groups or organisations. The local, cultural and social context affects the radicalisation process, which is reflected in the public authorities' response. Among these, prevention and de-radicalisation (i.e. action directed to reintegrating individuals who have become radicalised into society) rather than repression are actions that coincide with the scope and competences of local and regional authorities.

4. Tackling radicalisation requires carefully thought-out preventive measures. In the long run, prevention is more rational and cost-effective than combatting symptoms or full-blown crises. It is also the area of action *par excellence* for local authorities, where they can be most effective and where

² Debated and adopted by the Congress on 20 October 2015, 1st sitting (see Document CG/2015(29)5FINAL, explanatory memorandum), rapporteur: Leen VERBEEK, Netherlands (R, SOC)

their competences and mandates are most relevant. At the same time, recognition of this important role leads to the empowerment of local governments and enables them to better anticipate these challenges and opportunities.

5. It is critical, for the respect of human rights, to approach the issue of safety and security of citizens in a balanced manner, weighing the necessity and proportionality of each action. When introducing any measures that might jeopardise individual rights, public authorities must keep in mind that not only the rule of law but also the strategic aim to build an inclusive society must guide their actions.

6. Recognising that radicalisation can be best contained at a level closest to the vulnerable individuals in the most affected communities, the Congress calls on the local and regional authorities of the Council of Europe to:

a. design local multi-agency strategies, in co-ordination with different levels of government, involving local partners and develop a plan of action mapping the local situation, setting up coordinating bodies and allocating the necessary resources to combat radicalisation, and take concrete measures that can be followed up;

b. communicate their strategies and actions to the general public in a balanced and responsible way, with a particular emphasis on a cohesive discourse, aiming for a clear presentation of the message, without stigmatising specific groups, and ensuring that security concerns do not overshadow the duty of respect for human rights and the rule of law;

c. encourage the setting-up of local safety partnerships, providing adequate training to the different actors involved, including frontline practitioners working with individuals or groups at risk, prison staff, social workers, teachers, and healthcare workers, in order to develop their understanding of the radicalisation process and how to respond to it;

d. raise awareness among local authorities on existing good practice to show local authorities who may fear that they are not equipped to deal with such situations or that radicalisation is not their priority, that many cities throughout Europe have significant experience in projects which can serve as a good resource in the battle against extremism and exchange knowledge and best practices with other European cities, at both the political and the administrative levels, through regular meetings bringing together the different European local actors;

e. highlight the important role of education especially regarding families and schools, with particular attention to topics such as respect for cultural diversity, human rights and the harmfulness of hate speech, acknowledging that young people, although particularly vulnerable to discourses inciting to hate and violence since they are in a formative period of their lives involving a struggle forming their identity, are also strong allies in combating manifestations of hate through their strong social media ties;

f. involve civil society in their work against radicalisation and extremism in all its manifestations, including hate speech, anti-Semitism and islamophobia, by setting up partnerships with NGOs, religious community leaders, and, at the individual level, with former extremists;

g. support exit programs for individuals willing to leave extremism, especially religious oriented extremism, in co-operation with civil society organisations;

h. allocate the necessary funds to their activities in this sphere, cognisant of the fact that preventive work must be considered as ordinary budget items with stable long-term financing;

i. build alliances with credible partners, striving for well-established routines for transparency as to how allocated resources are spent in their dealings with ethnic or religious associations when granting them financial support and coordinate activities with the regional and, when appropriate, the national level of government;

j. develop co-operation with international bodies that share the values and concerns of the Congress and who are currently working on topics relevant to the aim to combat radicalisation, such as the European Forum for Urban Security.

7. Aware that the work against radicalisation is a lengthy process that needs to be managed on a long-term basis, the Congress reiterates its determination to keep this issue on its agenda and to follow up its resolutions and activities through regular assessments of progress in the member States.

EXPLANATORY MEMORANDUM³

I. INTRODUCTION

1. The terrorist attacks in Paris and Copenhagen involving armed jihadists leaving a total of 14 people dead and 10 wounded highlighted the need for cities to do more in order to effectively tackle extremism. These attacks have brought the issues at stake in full light: Growing radicalisation leading to violent extremism and sectarianism within cities, risk of increased polarisation in society and stigmatisation of some communities, hate speech in the social media as well as the risk of censorship and self-censorship are all current dangers facing cities.

2. The Congress has been working for the last two decades on themes that aim at establishing inclusive and resilient communities as a protective shield and element to prevent and fight radicalisation at local and regional level. In this context, it has produced recommendations on tackling terrorism, promoting integration and participation of people of migrants, intercultural and interfaith dialogue as well as resolutions on urban crime prevention, on the fight against racism at local and regional level and education for democratic citizenship.

3. The Congress Bureau adopted, on 2 February 2015, a “Strategy to combat radicalisation at grassroots level” followed by Resolution 381(2015) which proposes a series of activities to be carried out in the short, medium and long term at local and regional level, based on three pillars of action, namely awareness raising, synergies with Council of Europe bodies and synergies with other institutions.

4. Radicalisation is to some extent an “inclusion/cohesion” issue, but the ideological and even religious factors often underlying the process should not be neglected. An aspect of the necessity of a policy based on inclusion was, for instance, highlighted by former President of the Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe, Giovanni Di Stasi, speaking on increased cooperation with local authorities to stem urban violence: “We can no longer tolerate parts of our cities becoming no-go areas and areas of social exclusion. A determined policy to integrate all members of the community is the only way of responding to these challenges”. Radicalisation is also a problem that requires preventive measures that local authorities are in a good position to deliver.

5. Even though the situation may appear grim, a positive perspective is needed to tackle this issue in the long run which underlines that, just as our societies are learning to live together in diversity, they will also learn to deal with the radicalisation of parts of their population. As noted in the Council of Europe’s action plan “Living Together”, “Diversity is here to stay. It is shaping Europe’s future in a fast-changing world, and will continue to do so. It is therefore vital that Europeans respond to its challenges in a more effective and wholehearted way – and, to be blunt, much better than they are currently doing.”

6. Today many cities in Europe bring together people from dozens of different nationalities. Learning to live together is a slow process that can be painful but also a joyful one. Local governments have a responsibility towards those suffering from the effects of radicalisation within their communities which not only lead to some members of the community embracing violence but also to speak and act in ways that violate the freedom of speech and religion. The Congress has actively supported the Council of Europe’s No Hate Speech campaign (2012 – 2014) to raise awareness about hate speech online and the risks it poses for democracy and to support and show solidarity to people and groups targeted by hate speech online.

³ This explanatory memorandum is based on the document prepared by the Council of Europe consultant Juul van HOOFF, Stichting Movisie, which is available from the Secretariat upon request.

1.1. Radicalisation: a definition

7. Radicalisation is generally viewed as a process, sometimes leading to violent extremism and terrorism. This definition has been used by, for instance, the Council of Europe, the European Commission (EC) and by many scholars. The EC, in its texts, defines radicalisation as the “phenomenon of people embracing opinions, views and ideas which could lead to acts of terrorism.”⁷ In this regard, radicalisation is not seen as a linear process passing fixed stages at a constant speed, but as a variable one depending on the local context and on individual factors.

8. There are multiple reasons that contribute to individuals becoming radicalised such as a lack of integration into society, political disengagement or exposure to extremist individuals, groups or organisations. The local, cultural and social context affects the radicalisation process which is reflected in the public authorities’ response. Among these, prevention and de-radicalisation (i.e. action directed to reintegrating individuals who have become radicalised into society) rather than repression are actions that coincide with the scope and competences of local and regional authorities.

9. Recognising that radicalisation can be best contained at a level closest to the vulnerable individuals in the most affected communities, the coordination and synergies between various government levels is an important dimension in protecting citizens against these threats; so is cooperation with civil society organisations, researchers and practitioners.

II. RESPONSES TO RADICALISATION: THREE COMPLEMENTARY APPROACHES

10. Several initiatives have been launched in Europe with the objective of tackling radicalisation. The European Urban Charter 1992 states that a coherent security and crime prevention policy must be based on prevention, law enforcement and mutual support. The approaches can differ in many aspects; in general though, they can broadly be sorted into three different categories already being used to deal with the problem.

11. Repression as a response to radicalisation is, traditionally, the responsibility of the national level and involves policing, legislation, and intelligence activities. It is an important aspect, but one over which local authorities in general have limited influence; it will therefore not be the focus of this report. It should also be mentioned that repression in a way “is always present” if enough evidence is gathered on an individual, so even if the same person is undergoing some kind of preventive approach, repressive measures are available depending on the circumstances. In that context, there is a link between repression and prevention.

12. Tackling radicalisation requires preventive measures, and in the long run, prevention is more rational and cost-effective than combatting symptoms or full-blown crises. It is also the area of action *par excellence* for local authorities where they can be most effective and where their competences and mandates are most relevant. Already in 2000, the Congress had, through its Resolution 99, invited local and regional authorities to develop “a more pro-active approach, anticipating and preventing problems rather than addressing them afterwards and favouring a long-term rather than a short-term approach”.

13. Such efforts can naturally take different forms. Indeed, what works in one city may not be the correct approach in another. Local dynamics play an important part in tailoring successful preventative work. It is also important to keep in mind that the prevention of violent radicalisation must be part of a global prevention strategy. It needs to be holistic but also integrated into other activities for urban security. This view has been summarised by the European Urban Charter in the following way: “Crime has a wide variety of causes. The responses must therefore be both diversified and coordinated.”⁴

14. Prevention also has benefits from a partnership approach. This is not just an issue for the police and the judiciary; to be effective it needs to include other sectors and civil society. For instance, former extremists with their unique insight can play a key role and be an important partner for local

⁴ European Urban Charter 1992

governments. Regarding Islamist extremism, partnerships with local mosques and religious community leaders can also be fruitful resources working together against extremism. However, it is important that such partnerships have a broader agenda than strictly security related ones. If trust and good partnerships are built over time working on various topics, bringing in security issues becomes more natural than if a partnership starts and ends with security related issues.

15. Reintegration of radicalised (and repented) people is the third category of possible responses. Just like prevention, this is an area where local governments have the capacity to play an important part. Indeed, in most cases, this will most likely be activities taking part on the local level. For instance, two such programmes are in place in the city of Aarhus in Denmark and in Berlin in Germany. These existing approaches provide other cities with experience to learn from.

a. The so-called Aarhus model of dealing with the problem has often been highlighted as a way for cities to work against radicalisation and extremism. This approach focuses on inclusion; provided an individual has done nothing criminal, the authorities will help them to find a way back to the community. However, it is important to keep in mind the importance of the local context for preventive work to be successful. What works best may well be different in different cities. Local governments know their own city best.

b. The European Commission's strategy of "Countering violent extremism" (CVE) reflects the growing international focus on preventive approaches to transnational violence. CVE is broader than only violent Islamism or IS-related manifestations of violence. It addresses all forms of violent extremism, regardless of ideology, and focuses not on radical thought or speech but instead on preventing violent attacks.

III. SECURITY AND SAFETY AS FUNDAMENTAL RIGHTS

16. In its Recommendation 80 (2000) on crime and urban insecurity in Europe, the Congress has noted that local authorities have a key role to play in crime prevention and reduction and that, accordingly, national authorities should strengthen local government responsibilities and resources allocated to local authorities to this effect.

17. In 2006, the Congress adopted a second recommendation (Recommendation 197) on urban security in Europe, where it is underlined that urban security requires involving numerous multidisciplinary areas and specialties relating not just to the police and the judiciary, but also to other sectors of the administration and the social sphere. It also invited member States to "guarantee the security of their citizens while fully upholding human rights and fundamental freedoms".

18. Security policies should be designed and constructed around the individual and collective needs of citizens, and not according to public institutions. To do this, citizen participation must be universally promoted and civil society must play a role at all stages. Bringing together all forces necessary to address the problems in their complexity is an essential part of this approach. In order to maximise efficiency, it is necessary to emphasise the importance of partnership. Equally important is the need to analyse problems in their complexity, evaluate and make use of evidence-based remedies. All policy should take into account the latest technical and scientific knowledge.

19. With respect to urban security, a multi-level governance approach is needed for developing, implementing and raising awareness of security measures. Although the definition of security strategies is a national level competence, local authorities can also play a crucial role in tackling the dilemma of "security versus freedom" because of their proximity to citizens; they can act as interfaces. They can work to achieve social cohesion and avoid conflicts exploding into violence by promoting citizen participation and dialogue among communities.

IV. MULTIAGENCY STRATEGIES: PARTNERS IN MAKING THIS WORK

20. Cities must have an overview (by identifying and mobilising the existing structures) of who can help to understand the issues in their domain in order to create functioning partnerships – we can call this a coalition of the willing – and to involve new actors such as citizens, NGOs, religious community

leaders, families, youth, schools, internet bloggers, social workers etc. Local authorities can do more to form local partnerships and work together on this issue and, for example in the case of Islamist radicalisation, create a common framework of values with Muslim organisations.

21. There are a number of promising local initiatives (Copenhagen, Aarhus, Berlin, London, Vilvoorde, Brussels to name a few) dealing with radicalisation that other cities can learn from.

22. For instance, the *Hayat* project (Arabic and Turkish for 'life') located in Berlin run by the Centre for Democratic Culture (ZDK GmbH), focuses on advice and support to individuals and families at risk of violent Islamist extremism. The project has four full-time employees, in addition to a number of people in the field working on an hourly basis. The project staff includes psychologists, criminologists and Islamologists.

23. An increasing part of their work has come to focus on family support to people who have travelled or intend to travel to Syria to fight for an al-Qaeda-inspired group. Their operations are state-funded by the federal office for migration und asylum seekers (*Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, BAMF). One purpose of the program is to empower relatives to better manage radicalisation within their own family. Their experience shows that there is often a conflict within the family that needs to be overcome before any support for de-radicalisation of the person in question can begin in a meaningful way. The project will thus also be a link between civil society and security authorities. In the spring of 2015, they had about 130 cases, 50 of which are completed and 21 are designated as clearly successful because of the support given. In only one case has the development has gone in the wrong direction after the counselling started.

24. A good resource for cities is EU's Radicalisation Awareness Network, linking practitioners all over Europe to share experiences and learn from each other. The network contains a growing collection of practices where initiatives against radicalisation are located and serve as a useful resource for cities. The collection of practices includes projects on the following topics:

- a. awareness raising of first line practitioners;
- b. exit strategies: de-radicalisation and disengagement;
- c. bridging gaps through dialogue;
- d. community engagement and empowerment;
- e. educating young people;
- f. supporting and empowering families;
- g. delivering counter-communication;
- h. creating an institutional infrastructure.

V. ACTION ON THE GROUND: WHAT CAN LOCAL AUTHORITIES DO?

25. As regards preventive measures, there exists a mosaic of interventions to tackle radicalisation that are available to local authorities, some of which are presented below. It is important for cities to keep developing in this area regardless of specific legislation in this regard.

a. *Designing holistic local multi-agency strategies:* On the local level, cities need to develop a plan of action (local mapping of the situation, determining lines of action and setting up coordinating bodies) as well as allocating resources to combat radicalisation, and take concrete measures that can be followed up, also coordinating with different levels of government. Concerning coordination and developing synergy effects among participating parties, a previous recommendation from the

Congress of Local and Regional Authorities stresses that “it is essential that data, information and thinking about urban security can be pooled in a common reservoir such that knowledge is enhanced and decision-making facilitated.”⁵

b. Raising awareness among stakeholders: It is important to raise awareness among stakeholders for a local safety partnership and provide adequate training to the different actors. For instance, one such group of actors is the frontline practitioners working with individuals or groups at risk. Other groups may include prison staff, social workers, teachers, and healthcare workers. Such training would help developing their understanding of the process of radicalisation and how to respond to it.

c. Raising awareness among local authorities on existing good practice: Some local authorities may fear that they are not equipped thoroughly to deal with the situation or that radicalisation is not their priority. They need to be shown that information and knowledge is available and that many European cities have significant experience of projects fostering democratic values which can serve as a good resource in the battle against extremism.

d. Education: The important role of education should be underlined, especially regarding families and schools. It has often been said that families have a unique possibility to detect radicalisation, but in order to act on it and confront it in a productive way, families often need information and support. Education towards youth on broad topics such as tolerance, the respect of others and human rights are also important. Schools have a role to play concerning building resilience and prevention of radicalisation regardless of ideology. Young people are particularly vulnerable to discourses inciting to hate and violence since they are in a formative period, involving a struggle forming their identity. Such identity crises can be used by recruiters for extremist groups skilled in providing youths with clear, black and white answers to life's problems. On the other hand, vulnerable though they may be, young people are also strong allies in combating manifestations of hate, as is shown by their active participation through the social media for the Council of Europe No Hate Speech campaign.

e. Communication of strategies and actions towards the general public should be well-balanced, responsible and, in general, an integrating discourse should be privileged. At the same time, communication should not be too sensitive to call a spade a spade. A fine balance is required between keeping a clear message without stigmatising specific groups.

f. Supporting exit programs for individuals willing to leave extremism, especially religious oriented extremism. Such programs can play a key role in the process and can often benefit from being run locally. Local governments can help to set up and/or allocate resources to establish such programs.

g. Civil society has an important role to play in the work against radicalisation and extremism in all its manifestations, including hate speech, anti-Semitism and islamophobia by fostering social cohesion and a sense of belonging to the society. This can be manifested in many different ways, for instance by the work of NGOs, religious communities, and on the individual level by former extremists. Concerning Islamist extremism, Muslim leaders and communities are well situated to take an active role. Some have already done so but too many have been quiet or not done enough when young people have turned to extremism. Muslim communities are a vital partner in the preventive work and cities need to establish good connections and encourage their preventive work. In the case of radical mosques, cities need to be able to put pressure and speak clearly regarding values of freedom and democracy.

h. Financing of the proposed measures: In many cases, this is determined by local authorities, who have the responsibility to decide what budget to allocate. It is important not to view preventive work as a quick fix but rather these issues need to become ordinary budget items with stable long term finance.

i. Financing and seeking local partners: Transparency in local authority dealings with ethnic or religious associations when granting them financial support is important. Local authorities should be

⁵ Recommendation 197 (2006) on urban security in Europe <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=983773&Site=Congress>

careful not to build alliances with the wrong partners but with credible ones and should strive for well-established routines for transparency concerning how allocated resources are spent. There may be circumstances where cities have difficulties handling the situation themselves. In these cases, it will be useful to get help from the regional or even national level.

VI. CONCLUSIONS

26. The alarming number of European foreign fighters in Syria, the terrorist attacks in Paris and Copenhagen, as well as the threat from right - wing extremism, are all warning signs that cities need better and more effective preventive work to steer people at risk away from extremism. Unlike legislation, which in most cases is an issue on the national level, the area of prevention is in general a local one and to a large extent for the cities themselves to shape and master. This is, as noted above, their area *par excellence*.

27. There are already a number of cities in Europe that have taken these warning signs seriously and have responded by working structurally to prevent radicalisation leading to violent extremism. These cities have built knowledge and structure that other cities can draw from, and tailor to their specific needs based on local dynamics. There is also excellent knowledge available, for example, through the EU's Radicalisation Awareness Network (RAN) including a collection of practices of projects available for other cities to learn, and find inspiration, from and information on urban security from the European Forum for Urban Security (EFUS).

28. Local governments will need the support and partnership from families, religious communities and other important actors in civil society in order to build local resilience and effective preventive work. For such partnerships to start and take form, local authorities will need to take the initiative in seeking credible local partners. The Congress had already highlighted this point in an earlier recommendation by: "stressing the vital role of local and regional authorities in organising a new partnership for urban security involving all the social players (population groups and citizens) and security professionals (the police and the judiciary) with a view to establishing an effective, democratic and integrated system of local policing."⁶

29. Many cities in Europe will likely be facing the problem of radicalisation and violent extremism for many years to come. When the problem is long-term, the solutions also need to be long-term. Last-minute approaches will most likely be both more costly and less effective compared to well thought-out structured preventive work.

30. Filling this role is very much up to the cities of Europe and local governments, the importance of taking on this task successfully can hardly be overestimated.

⁶ Recommendation 216 (2007) on Community policing: local and regional authorities guaranteeing a new partnership. <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1123875&Site=Congress>

Appendix 5: Agenda of the 29th Session of the Congress (20-22 October 2015)

CG/2015(29)OJ1PROV

Theme for 2015: Local responses to human rights challenges – migration, discrimination, social inclusion

Link: <http://bit.ly/Agenda-29th-session>

Appendix 6: Declaration on the reception of refugees in Europe

29th SESSION

Strasbourg, 20-22 October 2015

Declaration 4 (2015)⁷

The Congress:

1. notes with concern:

a. that the Declaration of the Bureau of the Congress on the tragic drowning of refugees in the Mediterranean adopted on 31 October 2013 remains distressingly topical and that human dramas are constantly recurring and have spread to all the external borders of the European Union;

b. that, in the absence of a common migration and asylum policy, the large-scale influx of refugees is testing to the limit the solidarity between European States in terms of the fair distribution of migration flows and the resources deployed to accommodate these refugees in conditions worthy of the values promoted by the Council of Europe and the Congress of Local and Regional Authorities;

c. that alongside a tremendous upsurge of citizen solidarity, this humanitarian emergency also prompts inward-looking attitudes, violent acts of xenophobia and racist remarks, all of which are phenomena against which the Congress has campaigned for many years through its reports, its appeals to the member States of the Council of Europe and its practical action on the ground,

2. resolutely observes:

a. that the States of Europe must assume shared responsibility for accommodating the refugees on their territory in total respect for the right to asylum in force and to human dignity;

b. that Europe must play a full part in taking in the Syrian refugees, only 6% of whom are on European territory (excluding Turkey), while Turkey, Lebanon and Jordan are accommodating more than 4 million;

c. that faced with this humanitarian emergency, local and regional authorities, regardless of their geographical position in Europe, must play a key role in the arrangements for accommodating the refugees, in order to ease the pressure on the border towns and cities and those closest to the Mediterranean and Syria;

d. that this role is reflected in practical terms on the ground by the provision of public buildings converted to accommodate refugees, political and material support to associations specialising in migrant reception, facilities to help ensure access to administrative formalities, health care and education, etc.

3. expresses:

a. its deep commitment to the principle of solidarity between European states, social cohesion and harmonious co-existence in a pluricultural society;

b. its unshakable conviction that the right to asylum is a fundamental universal right which must be granted to anyone fleeing war or the threat of death;

c. its categorical rejection of any manipulation of the humanitarian crisis for political ends;

d. its strong determination to tirelessly pursue its active efforts to highlight the rich contribution made by migrants to European societies,

⁷ Adopted by the Congress on 21 October 2015, 2nd Sitting, rapporteur: Gunn Marit HELGESEN, Norway (R, EPP/CCE).

4. asks the Committee of Ministers of the Council of Europe:

a. to work together with the European Union to ensure that the question of immigration and the right to asylum are the subject of comprehensive European policies based on dignity and solidarity, designed to promote the reception and integration of migrants;

b. to ensure that local and regional authorities, working with civil society to accommodate refugees, are able to gain better access to national and European funding,

5. appeals to governments of the Council of Europe's member States to take urgent measures with a view to contributing to the political resolution of the conflicts in the Middle-East, to collectively combat international terrorism and help the people suffering there,

6. calls on all the local and regional authorities of the member States of the Council of Europe:

a. to establish a "European network of cities of solidarity" thereby responding to the European appeal launched on 3 October 2015 by the municipalities of Strasbourg, Catania and Rovereto, in order to co-ordinate more effectively their refugee reception activities and initiatives;

b. to intensify direct contacts between municipalities and regions, including from a cross-border and transnational perspective, in order to provide opportunities for the reception and integration of migrant populations and refugees;

c. to share their best practices within European networks, such as the Intercultural Cities, which have long been working on these issues, and more particularly to enable the authorities that have made the most progress in terms of reception to organise peer training sessions in accordance with an arrangement supported by the Congress.

Appendix 7: Revised Rules and Procedures of the Congress

29th SESSION (20-22 October 2015)

CG/2015(29)16FINAL
22 October 2015

Rapporteurs: Marc COOLS, Belgium (L, ILDG) and Gunn Marit HELGESEN, Norway (R, EPP/CCE)

Summary

In 2014 the Congress Bureau decided the time had come to appraise and take stock of the Congress' new way of functioning as well as the innovative political dimensions of its work and to reflect these changes in its statutory and regulatory texts. As a first step in this process the Congress revised its Charter, the statutory foundation of its work.

Following the adoption by the Committee of Ministers, on 8 July 2015, of the revised Charter the next step is revision of the Congress' Rules of Procedure; the present document contains the rapporteurs' proposals, the fruit of wide consultation with members, associations and partners.

In addition to numerous improvements of an administrative or technical nature, revisions include clarification of the provisions concerning delegates' mandates and the appointment procedure for members, as well as of the criteria for delegations and conditions of membership of chambers; greater guidance is given concerning the conduct expected of members during meetings and when undertaking Congress business; the increasing importance of the Congress' co-operation with its long-time partners such as national and European associations is also reflected by the creation of three new types of partnership status to replace the former general purpose observer status; a specific chapter on the local and regional associations who are involved in the process of appointing national delegations is also introduced and a substantially expanded rule outlines the Congress' relations with non-member States.

The updating and inclusion into the main body of the Rules and Procedures of the rules on the procedures governing the monitoring of the European Charter of Local Self-government, on the observation of local and regional elections and on the post-monitoring and post-observation dialogue reflect the fact that these modus operandi are an integral part of the methodology and procedure of the Congress as a whole.

RESOLUTION 395 (2015)

1. After four years of continuously refining and revising its working methods and approach, in 2014 the Bureau decided the time had come to appraise and take stock of the Congress' new way of functioning as well as the innovative political dimensions of its work.

2. The Bureau therefore tasked two rapporteurs with revising the Congress' two key administrative texts, the Charter and Rules of Procedure, to ensure that they accurately and clearly described the current procedure and practice within the Congress as well as the considerable evolution of its work in the field.

3. The rapporteurs were also asked to draw a clearer separation of content and scope between the texts, with the Charter outlining the Congress' fundamental principles and functioning and the Rules of Procedure detailing the substance and procedure.

4. The Charter, being the hierarchically superior text was revised first and, having been adopted by the Congress, in the form of an appendix to Recommendation 367(2014), at its 27th Session in October 2014, was sent to the Committee of Ministers for examination.

5. On 8 July 2015 the Committee of Ministers adopted the Statutory Resolution and the appended revised Charter appended to Statutory Resolution CM/Res(2015)9⁸ relating to the Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe.

6. In anticipation of the Committee of Ministers' adoption of the Charter, and in order to move forward, the rapporteurs prepared a revision of the Rules of Procedure. The proposed changes in the Charter and their repercussions on the Rules had already been provisionally incorporated, together with changes independent of the Charter, into a draft that was sent out for wide consultation with members, associations and partners.

7. The resulting draft revised Rules are appended to this resolution.

8. The Congress therefore adopts the "Rules and Procedures" of the Congress, as appended, which replace the Rules of Procedure of the Congress and its chambers that were adopted on 20 March 2012 (Resolution 337(2012)) and which enter into effect immediately after the 29th Session. However the provisions relating to nomination of delegates will come into force on 1 June 2016.

EXTRACT – RULES 73 - 88

CHAPTER XVII – ORGANISATION OF THE MONITORING PROCEDURES OF THE CONGRESS

Rule 73 – General provisions

1. Pursuant to Resolution 307 (2010)REV2, the purpose of the rules under this chapter are to define the arrangements for organising procedures for monitoring the commitments of Council of Europe member States which have signed and ratified the European Charter of Local Self-Government ETS No. 122 with the aim of achieving the objective set forth in the aforementioned resolution.

2. This procedure applies in the same way whatever type of monitoring is being implemented, that is, systematic monitoring (monitoring the Charter in its entirety), specific monitoring (monitoring a particular aspect of the Charter) and fact-finding missions (clarification of a specific issue which may lead to infringement of a Charter provision).

3. Each year the Monitoring Committee shall submit to the Bureau of the Congress, for adoption, the programme of visits scheduled under the Charter monitoring programme.

Rule 74 – The monitoring procedure

1. The monitoring procedure shall be carried out approximately every five years in each Council of Europe member State which have signed and ratified the European Charter of Local Self-Government. It shall comprise five phases:

a. the monitoring visit;

b. the consultation procedure with the authorities encountered on the preliminary draft report;

c. examination of the draft report by the Monitoring Committee and the Congress and adoption of a recommendation by the Congress during the sessions; if the rapporteurs think it necessary, they may propose a draft resolution for adoption by the Congress;

d. transmission of the recommendation for debate to the Committee of Ministers, which may decide on its subsequent transmission to the authorities of the country concerned;

e. an invitation issued to the authorities of the country concerned to address the session of the Congress or the session of one of its chambers.

⁸ Statutory Resolution CM/Res(2015)9 relating to the Congress and the revised Charter appended thereto: adopted by the Committee of Ministers on 8 July 2015 at the 1233rd meeting of the Ministers' Deputies

2. Monitoring of the application of the Charter is based primarily on political dialogue which is consolidated as part of the post-monitoring activities and lays the groundwork for future co-operation activities.

Rule 75 – Composition of a monitoring delegation

1. A monitoring delegation shall comprise two rapporteurs, one on local democracy and one on regional democracy, one consultant, and one or more members of the Congress secretariat. The delegation is generally accompanied by interpreters to facilitate communication between speakers of the language of the country in question and the delegation, whose working language is English or French.

2. The whole procedure shall be governed by the principles of independence, impartiality and equity, starting with the appointment of the rapporteurs and the consultant, which shall be based on geographical and political criteria geared to preserving the objectivity of the delegation which will conduct the monitoring visit.

3. The rapporteurs shall be appointed from among the full or alternate members of the Monitoring Committee of the Congress who put forward their names as candidates.

4. Upon express derogation by the Chair of the Monitoring Committee, a member of the Congress who is not a member of the Monitoring Committee may be appointed rapporteur.

5. Members of the Monitoring Committee who wish to be rapporteurs on local or regional democracy in a given country must submit their application to the secretariat of the committee for the attention of the Chair.

6. The rapporteurs must be appointed in a manner that ensures a balanced representation of the political groups and the group of members not registered with a political group of the Congress.

7. Candidates for monitoring exercises may be appointed for only one monitoring exercise at a time. The criteria for the composition of the delegation are as follows:

a. The rapporteurs and the consultant must not be nationals of the country concerned by the monitoring procedure, or a bordering country or a country which has a particular relationship with the country to be monitored.

b. Members of the Monitoring Committee are ineligible as rapporteurs for a given country if they have already been rapporteurs in respect of this country during the five years preceding their candidature.

c. The two rapporteurs must also belong to different political groups (or be non-registered).

d. The delegation's working language is either French or English.

8. The Chair of the Monitoring Committee shall verify the conformity of the candidates' profile with the aforementioned criteria (see Rule 75.7), and shall appoint the rapporteurs on local democracy and on regional democracy. He shall notify the appointments to the Monitoring Committee at its next meeting.

9 The maximum duration of the rapporteurs' mandate shall be five years, dating from their appointment.

10. A rapporteur's mandate may exceptionally be extended for a maximum of six months, on the grounds of the timetable for the presentation of the monitoring report at a Congress session.

11. The delegation shall be strictly limited to the rapporteurs, the consultant and the member(s) of the secretariat, in accordance with Rule 75.7. Consequently, delegation members must not be accompanied by assistants or other persons whose participation is not explicitly provided for in this rule.

12. The secretariat shall suggest dates for the visit to the rapporteurs and the consultant in line with the Monitoring Committee's general timetable of activities, the respective commitments of the members of the monitoring delegation and the availability of the delegation's talking partners in the

country visited. If the members of the delegation agree on the dates for the visit, the Congress secretariat shall inform the country's Permanent Representation with the Council of Europe by letter from the Secretary General of the Congress. The rapporteurs and the consultant shall undertake to respect the dates established for the mission and refrain from any other commitment on these dates.

13. Monitoring of local and regional democracy cannot take place in a country while it is chairing the Committee of Ministers of the Council of Europe.. Lastly, the occurrence of a serious political crisis in a country in which a monitoring visit is scheduled may justify postponing the mission. The Monitoring Committee may propose to the Bureau of the Congress, for decision, postponing a monitoring mission, notably where there is a risk of interference between the visit and the holding of elections in the country in question.

14. Where two members of the Monitoring Committee have been appointed rapporteurs for a country by the Chair of the Committee and the consultant has agreed to provide technical assistance to the delegation, the rapporteurs and the consultant shall enter into a working relationship with the secretariat of the Monitoring Committee for the duration of the monitoring procedure.

15. The rapporteurs and the consultant must ensure proper communication with the Congress secretariat, which shall be informed in advance of any meetings or briefings organised with representatives of the authorities of the country visited or with members of the national delegation to the Congress.

Rule 76 – Working languages for the monitoring exercise

1. The working languages used for monitoring activities shall be the two official languages of the Council of Europe (French and English). Consequently, the rapporteurs and the consultant shall be chosen in such a way as to ensure that the members of the delegation can speak, communicate among themselves, and read and write in the official language pre-selected as the delegation's working language.

2. The working documents intended for monitoring activities will be available in English or in French.

Rule 77 – The monitoring visit programme

1. The Congress secretariat shall organise the visit. It shall draw up the programme with the rapporteurs in conjunction with the head and secretary of the national delegation to the Congress, the national associations of local and regional authorities where applicable, the co-ordinating bodies of federate entities and lastly, with the country's Permanent Representation to the Council of Europe.

2. Once the rapporteurs have approved the programme, the working meetings shall be planned and organised by the secretariat, which shall manage the specific logistics for the visit.

3. The visit programme must make provision for meetings with the authorities responsible for questions of local and regional democracy or for dealing with these questions, and also with the officials of the administrations concerned, notably:

- the minister(s) responsible for local and regional authorities;
- members of parliament (national and/or regional) – particularly those responsible for local or regional issues;
- local and regional elected representatives, including the Congress delegation, the mayor of the capital city and mayors of small and medium-sized municipalities;
- the president of the Constitutional Court and the national member of the European Commission for Democracy through Law (Venice Commission);
- a specialist on questions linked to the application of the Charter in the country concerned;
- associations representing local and regional authorities;

- representatives of civil society from non-governmental organisations, trade unions of the country visited, the media, etc;
- the national, regional and/or local ombudsperson.

Generally speaking, the rapporteurs can meet any individual whom they consider useful to interview for their task.

4. The consultant shall contribute to the preparation of the visit by drawing up a list of questions to be broached with the talking partners mentioned in the programme, concerning problems linked to the application of the Charter. This list shall also include the questions raised during the previous visit to the country. The consultant must also take into account any declarations made by the State when ratifying the Charter, and the current political context.

5. The list of topics which the delegation wishes to broach shall be sent, around 7 days prior to the visit, to the Permanent Representation to the Council of Europe of the State concerned as regards government interlocutors, and to the talking partners listed in the programme.

Rule 78 – Monitoring visits

Number of visits

1. The monitoring procedure shall in principle comprise one visit to the country concerned. If they consider it necessary, the rapporteurs may conduct a second visit subject to the agreement of the Monitoring Committee and after having informed the Bureau.

Running of the monitoring visit

2. The secretariat shall supply all the delegation members with all the documents relevant to the visit, namely the programme, the substantive documents, information to help prepare the questions for talking partners (prepared in co-operation with the consultant), and information to help the rapporteurs introduce the exchanges during each visit.

3. These documents are designed to prepare the rapporteurs in such a way that they possess sound knowledge of the situation of local and regional democracy in the country visited, and that their questions are as relevant as possible to the country's political and institutional context.

4. Before the first meeting scheduled on the programme, the secretariat shall organise a briefing of the delegation. This briefing shall be attended by both rapporteurs and the consultant. The briefing is vital to the proper overall running of the visit, because it provides an opportunity for clarifying specific points and apportioning speaking time between the rapporteurs, anticipating any difficulties and organising the running of each meeting listed on the programme. For example, the briefing serves to define the roles of each participant during the meetings, particularly deciding which rapporteur is to introduce the delegation, ask the first question and sum up at the end of the meeting. This meeting also helps ensure the correct pronunciation of the names of persons to be interviewed or of municipalities to which the delegation may have to refer during the exchanges of views.

5. The rapporteurs are the main talking partners for the authorities encountered, and they must introduce the delegation and ask the questions. The consultant and the members of the secretariat can also put questions to the talking partners at the invitation of the rapporteurs.

6. A short preparatory meeting is also scheduled with the interpreters before the first meeting in order to ensure that they have all the necessary information and the terminology used for the Congress's work on the Charter, and know the proper pronunciation of the names and exact titles of delegation members and talking partners.

7. After the last meeting scheduled in the programme, the secretariat shall organise a debriefing meeting with the delegation members before they split up. This working meeting is geared to establishing an initial assessment, identifying the salient points of the visit, and listing the problems noted vis-à-vis the application of the Charter, the good practices registered and the main thrust of the recommendations to be addressed to the authorities of the country visited. This meeting enables participants to take stock of the situation with an eye to the draft report, so that the consultant has all

the data necessary for preparing a preliminary draft reflecting the rapporteurs' assessment as closely as possible.

Rule 79 – Preparation of the draft report, draft recommendation and draft resolution

1. After the visit, the consultant has six weeks to send the secretariat of the Congress a written contribution for preparing the report on the situation of local and regional democracy in the country visited, to be presented by the rapporteurs. This contribution must be drawn up in French or English, in accordance with the outline report applicable to all monitoring reports, drawing on the conclusions discussed at the debriefing meeting. Furthermore, it must comply with the practical specifications set out in the contract letter drawn up by the secretariat and signed by the parties. Beyond the quality of the legal analysis, the consultant must endeavour to reflect in his or her contribution the thrusts indicated by the rapporteurs for the preparation of the report.

2. The report must also take account of the recommendations and/or resolutions previously adopted by the Congress, particularly the recommendations previously addressed to the country visited. It must also take into consideration the political context in which the monitoring visit took place and examine the situation of local and regional democracy in the light of other relevant Council of Europe texts³² ratified by the country in question.

3. After discussion with the rapporteurs and possible transmission of the text among the rapporteurs, the secretariat and the consultant, and once the rapporteurs' agreement on the preliminary draft report has been obtained, the latter shall be sent to all the talking partners encountered during the visit for comments. This consultation procedure shall include a deadline for sending all the comments received to the rapporteurs for examination. Factual errors will be corrected, and comments or proposed amendments to the rapport leaving room for interpretation or appraisal will be left to the discretion of the rapporteurs, who may decide to integrate these comments, in whole or in part, directly in the preliminary draft report, or to reject them, or else to append them to their report.

4. Under the authority of the rapporteurs and on the basis of the conclusions of the report, the text of the preliminary draft recommendation shall be drawn up by the secretariat. It shall then be submitted to the rapporteurs for final agreement.

5. The draft report and the preliminary draft recommendation are then debated by the Monitoring Committee, which shall adopt the draft report (which becomes final 15 days after the Committee meeting) and approve the preliminary draft recommendation, which shall be submitted at the Congress Session for adoption. The latter text may be amended in accordance with the formal procedure set out in Rule 34 of the Rules and procedures of the Congress and its chambers.

6. After adoption by the Congress, the Congress recommendation shall be sent to the Committee of Ministers, which may decide to transmit it to the national authorities of the monitored member State for implementation.

Rule 80 – Post-monitoring procedure

The rules described above (Chapter XVII) shall apply *mutatis mutandis* to the post-monitoring procedure that can be implemented at the joint request of the Congress and the authorities of a member State which has been the subject of a recommendation on local and/or regional democracy.

Rule 81 – Adoption and follow-up of recommendations

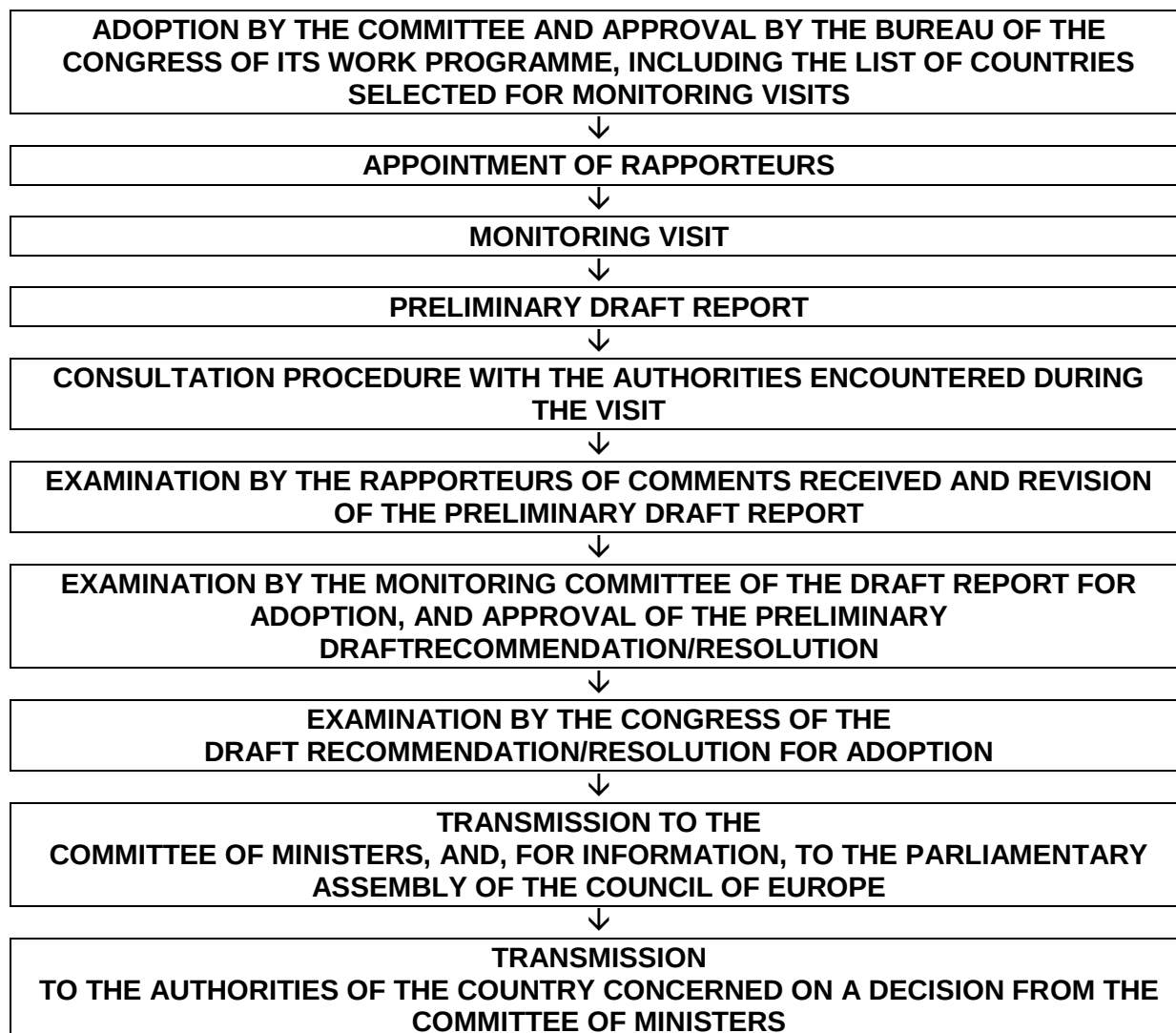
1. In pursuance of Rule 55, the preliminary draft recommendation and, where applicable, resolution, shall be submitted to the Monitoring Committee for examination and adoption.

2. The draft report, recommendation and, where applicable, resolution, shall be presented by the rapporteurs and considered by the Congress with a view to their adoption during its session or a chamber sitting.

3. In pursuance of Article 2, paragraph 5, of the Statutory Resolution (CM/Res(2015)9⁹ of the Committee of Ministers, the recommendation shall be transmitted to the Committee of Ministers for debate. It may decide to transmit it to the authorities of the State in question and to the Parliamentary Assembly.

4. The implementation of the recommendation shall be monitored by the member States concerned and by the Congress, as well as by the Council of Europe intergovernmental bodies responsible for local and regional democracy as part of the continuous dialogue established with the authorities during the visit.

Flow chart for monitoring procedures



⁹ Statutory Resolution CM/Res(2015)9 relating to the Congress and the revised Charter appended thereto: adopted by the Committee of Ministers on 8 July 2015 at the 1233rd meeting of the Ministers' Deputies

CHAPTER XVIII – PRACTICAL ORGANISATION OF ELECTION OBSERVATION MISSIONS³⁴

Rule 82 – General provisions

1. Following an invitation by the authorities of a country to observe local and/or regional elections, the Congress Bureau decides on the acceptance of the invitation and on the scale of the operation (electoral assessment mission¹⁰, pre-election mission, observation mission). The Congress is free to emphasise the different steps. In the absence of a Bureau meeting, the Congress President will take the necessary decision, after consultation with the presidents of the chambers.
2. The Congress may also decide not to deploy an observation mission following an invitation, if the latter arrives too late to ensure a meaningful observation process. An official invitation should be received by the Congress at the latest 60 days prior to the Election Day.
3. The Bureau of the Congress may also decide to send a letter, expressing interest in observing local or regional elections, to the authorities of the country in which such a vote is scheduled, in particular in countries where the monitoring process revealed shortcomings and/or issues of concern with regard to local and regional democracy, as well as, on the contrary, cases of innovation or good practice.
4. A draft observation programme will be drawn up by the Congress secretariat. The Permanent Representative of the country concerned, the head and the secretary of the national delegation to the Congress will be duly informed. In general, the Congress secretariat will ensure regular correspondence with all the relevant stakeholders, in particular with the head of the Council of Europe outpost, in countries where such an office does exist.
5. The Congress secretariat must ensure that high-quality information is provided to the members of the election observation delegation.

Rule 83 – Establishment and composition of delegations

1. The Congress secretariat will send a call for interest, including the application form, to the e-mail addresses of all Congress members. Secretaries and heads of national delegations will receive a copy. Any Congress members who express their interest in taking part in the mission and send back the form by a given deadline will be considered. Candidatures from members of national associations whose associations agree to cover their costs shall also be taken into consideration. In the same way as it strengthened its co-operation with national associations, the Congress may invite the European Union's Committee of the Regions to join the Congress delegation on its observation missions.
2. Based on candidatures received within the given deadline, the Secretary General of the Congress will propose a draft delegation, including the delegation's leadership, normally involving between 5 and 20 members.
3. The composition of delegations is determined according to an appointment system taking into account a balanced representation of the different political groups of the Congress, gender balance and a fair geographical representation and also taking into account the chronological order of candidacies put forward by Congress members.
4. A delegation shall comprise the Congress members determined under Rule 83.3 and one or more members of the Congress secretariat as well as a consultant in electoral matters, when appropriate. The delegation is generally accompanied by interpreters to facilitate communication between speakers of the language of the country in question and the delegation, whose working language is English and French¹¹.

¹⁰ Electoral assessment missions are observation visits of a reduced scope. Following such missions, the relevant Congress bodies (notably the Monitoring Committee) shall be provided with an information report prepared by the rapporteur. Electoral assessment missions are not followed by a Congress' recommendation and/or resolution to be adopted by the Congress plenary.

¹¹ In meetings of the delegation with strategic Congress partners in the field, notably OSCE/ODIHR (the Office for Democratic Institutions and Human Rights of the Organisation for Security and Co-operation in Europe), the working language is English.

5. The delegation shall be strictly limited to the aforementioned participants and delegation members must not be accompanied by assistants or other persons whose participation is not explicitly provided for in Rule 83.4.

6. In order to ensure a meaningful participation in the work of the mission, the candidate's language skills (in at least one of the official languages of the Council of Europe) will be taken into consideration. In addition, experience in election observation and participation in training sessions are amongst the criteria.

7. Adequate language skills (in at least one of the two official languages of the Council of Europe), conversation techniques and capacities in political dialogue, as well as experience in election observation and monitoring activities and participation in training sessions of the Congress, are criteria for the appointment of the head of delegation.

8. Observation delegations should not include Congress members from the country in which the elections are going to be monitored and from countries with special relations with the respective country.

9. Members taking part in a pre-election visit are expected to also be available for the election observation mission itself.

10. The rapporteurs of the Monitoring Committee for the country where elections are monitored shall be ex officio members of the election observation delegation, but shall not have the right to act as head/rapporteur of the election observation delegation.

11. On the basis of the proposal provided by the Congress Secretary General, the Bureau will decide on the membership of the delegation, including the head of delegation and rapporteur (both functions can be carried out by the same person), in accordance with the aforementioned principles. In the absence of a Bureau meeting, the President of the Congress, in consultation with the presidents of the chambers, will take the necessary decisions.

12. In order to inform the media about the preliminary conclusions of the Congress election observation delegation, a press conference – chaired by the head of the delegation – will be held the day following the Election Day. Members of a Congress election observation delegation are expected to be present at this press conference.

13. If the Congress is not the only international institution to observe local or regional elections in the respective country, an IEOM (international election observation mission) may be formed together with such institutions, notably with the Office for Democratic Institutions and Human Rights of the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE/ODIHR). This implies – according to standard procedure – a joint press conference on the day following the Election Day and a joint preliminary statement. However, if, after an election, a joint final assessment cannot be agreed on by the IEOM, the Congress reserves itself the right to hold – if necessary – its own press conference, making public its own assessment.

14. If a joint IEOM is formed together with other international organisations, all related activities (press conferences, drafting of media releases or political statements) have to be carried out in compliance with Congress requirements (the corporate identity of the Congress mission has to be retained, the specific role and profile of Congress observers should be highlighted, the scale of Congress operations must not be reduced and political messages by the Congress must not be distorted).

15. The report will be drawn up by the rapporteur with the assistance of the Congress secretariat and the consultant in electoral matters, when appropriate. It should reflect the opinion of the members of the entire delegation. The report must be comprehensive, noting positive and negative factors, distinguishing between significant and insignificant factors. It should identify patterns that could have an impact on the integrity of the election process and on the authenticity of the vote.

16. The report must also take account of resolutions/recommendations previously adopted by the Congress, including those arising from the monitoring of the country concerned, as well as relevant opinions and recommendations from other Council of Europe bodies and international organisations and institutions.

CHAPTER XIX – IMPLEMENTATION OF THE POST- MONITORING/POST-ELECTORAL POLITICAL DIALOGUE³⁷

Rule 84 – General provisions

Pursuant to Resolution 353 (2013)REV, the purpose of the present rules is to define the arrangements for organising the post-monitoring and post-electoral political dialogue with all levels of government of the Council of Europe member States, with the aim of achieving the objective set forth in the aforementioned resolution, namely to pursue a political dialogue with national authorities of member States in order to implement the Congress recommendations addressed to the authorities.

Rule 85 – The post-monitoring dialogue

The post-monitoring procedure may be carried out at the joint request of the Congress and the national authorities to which the Committee of Ministers addressed a Congress recommendation on local and regional democracy. Following this request, the procedure shall comprise five phases:

- a. an exchange of views with the Permanent Representative to the Council of Europe of the country concerned;
- b. a political exchange with national authorities and other relevant stakeholders in order to identify the priorities laid down in the adopted recommendation;
- c. the development of a roadmap by the Congress delegation, in co-operation with national authorities, in order to determine the main steps necessary to implement the recommendations;
- d. a political dialogue with the national authorities in order to agree on the roadmap;
- e. the roadmap will be the basis for developing, if appropriate, an action plan or co-operation programme in association with the other relevant departments of the Council of Europe.

Rule 86 – Composition of the delegation for post-monitoring dialogue

The delegation may comprise the monitoring rapporteurs, the Chair of the Monitoring Committee or, in the case of non-availability of the above-mentioned persons, any Congress member who has a particular knowledge of the given country. In the latter case, the criteria provided by Rule 75 shall apply.

Rule 87 – The post-electoral dialogue

A post-electoral dialogue may be put into place at the joint request of the Congress and the national authorities to which the Committee of Ministers addressed a Congress recommendation on observation of local/ regional elections as well as of central election commissions and/or other national authorities in charge of electoral management and/or representatives of political forces and/or national associations of local and regional authorities. The Permanent Representative of the country concerned, the head and the secretary of the national delegation to the Congress will be duly informed of the post-electoral dialogue process. It comprises the following steps:

- a. a presentation of the Congress' recommendation to the relevant national authorities, notably central election commissions and/or other national authorities in charge of electoral management;
- b. an exchange of views with the relevant national authorities, notably central election commissions and/or other national authorities in charge of electoral management, as well as other competent stakeholders;
- c. the drawing-up of an implementation timetable by the Congress delegation in co-operation with the relevant national authorities, notably central election commissions and/or other relevant authorities in charge of electoral management, as well as other competent stakeholders, in order to put the recommendations agreed on as priorities into practice;
- d. on the basis of this implementation timetable, if appropriate, an action plan or co-operation programme will be developed in association with other relevant departments of the Council of Europe.

Rule 88 – The composition of the post-electoral delegation

The delegation may comprise the head of delegation/rapporteur – or in case of non-availability of the above-mentioned person(s) – any member of the Congress election observation mission as well as the rapporteur of the Monitoring Committee in charge of the respective country. If appropriate, the post-electoral delegation will be accompanied by a Congress' Thematic Spokesperson on observation of local and regional elections and/or a consultant in electoral matters.

Appendix 8: Final Declaration “Towards an alliance of European cities against violent extremism”

Aarhus (Denmark), 18 November 2015 – Conference of Local Authorities on the Prevention of Radicalisation Leading to Violent Extremism

Final Declaration

We, mayors and representatives of cities and regions from 22 European countries meeting in Aarhus, Denmark, at the initiative of the Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe, the European Forum for Urban Security and the cities of Rotterdam and Aarhus,

Shocked by the monstrous attacks that took place in Paris on Friday, 13 November 2015, which have come in the wake of numerous terrorist acts all over Europe and beyond,

Aware of the serious threats posed by radicalisation leading to violent extremism to our societies and to their proper democratic functioning with full respect of human rights,

Convinced that the fight against these threats must be conducted at all levels of government be they European, national, regional or local:

- emphasise that local authorities have a key role to play, through their huge network of millions of local elected representatives;
- stress that this unique network of elected representatives can contribute, through its members' knowledge of their area and population, to an early warning system for any drift towards radicalisation;
- ask national authorities to systematically include local decision makers in the drawing up and implementation of strategies that are being developed at European and national levels;
- commit themselves to adopting integrated approaches at local level in order to ensure that all stakeholders: civil society, faith-based organizations, social, educational, security and justice services are involved;
- endorse the proposal to launch an alliance of cities for the prevention of radicalisation leading to violent extremism;
- in this perspective, suggest to develop capacity-building activities and to underpin this network by establishing a digital platform to exchange the initiatives, experiences and resources that are already in place for the fight against radicalisation;
- decide to pursue this initiative and therefore invite local elected representatives to meet in Rotterdam in 2016 in the context of a European summit of mayors.

Im Rahmen seines Monitoring-Verfahrens der lokalen und regionalen Demokratie in Europa pflegt der Kongress einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit den Mitgliedstaaten des Europarats. Das Ministerkomitee, das die 47 Außenminister dieser Staaten umfasst, die Ministerkonferenzen sowie die Lenkungsausschüsse sind diesbezüglich wichtige Partner.

Mehrmals im Jahr legen der Präsident und der Generalsekretär des Kongresses den Vertretern der 47 Mitgliedstaaten im Ministerkomitee eine Bilanz ihrer Arbeit vor und stellen sich anschließend der Diskussion.



www.coe.int/congress/fr
congress.adm@coe.int

PREMS 045416

DEU

www.coe.int

Der Europarat ist Europas führende Organisation für Menschenrechte. Er hat 47 Mitgliedsstaaten, von denen 28 auch Mitglied der Europäischen Union sind. Der Kongress der Gemeinden und Regionen vertritt die Kommunen und Regionen und gewährleistet die Förderung der bürgernahen Demokratie. Er setzt sich aus zwei Kammern zusammen – der Kammer der Gemeinden und der Kammer der Regionen – und umfasst 648 Mitglieder, die mehr als 200.000 europäische Gebietskörperschaften vertreten.

The Congress

Le Congrès

COUNCIL OF EUROPE

CONSEIL DE L'EUROPE